

Fachliche Standards in der Sozialarbeit: gestern – heute – morgen**Plenumsdiskussion, 14.03.2007****„Wege zur Zukunft: Soziale Arbeit macht Politik und Diskurse“**

ElefantInnenrunde und Diskussion:

Marc Diebäcker: Politikwissenschaftler, fh-campus wien; **Roland Fürst:** Sozialarbeiter, Chefredakteur „Sozialarbeiter in Österreich“; **Karl Öllinger:** Sozialexperte, Abgeordneter zum Nationalrat; **Christine Reiterlechner:** Ökonomin, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien; **Christina Schilling:** Studierendensprecherin am Studiengang Sozialarbeit des fh-campus Wien; **Hans Steiner:** Sozialwissenschaftler, BM für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz; **Monika Vyslouzil:** Sozialarbeiterin und Soziologin, Leiterin des Fachbereich Sachwalterschaft im VertretungsNetz; **Ursula Weber- Hejtmanek:** Erziehungswissenschaftlerin, Geschäftsführerin des Wiener Hilfswerks; **Tanja Wehsely:** Sozialarbeiterin, Wiener Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete

Moderation:

Josef Bakic: Erziehungswissenschaftler, fh-campus wien; **Elisabeth Hammer:** Sozialarbeiterin und Ökonomin, fh-campus wien

Josef Bakic: Ich denke mir, es war gestern ein ganz spannender Abend, wo man gesehen hat, dass die Sozialarbeit sehr viel zu sagen hat und auch sehr viel politisch zu sagen hat. Ich bin gespannt wie das heute läuft. Ich habe gestern einiges gelernt. Unter anderem auch vom Bundesminister, dass AMS Kurse nicht der Qualifizierung dienen, sondern auch der Disziplinierung dienen. Wie war es bei dir, Elisabeth?

Elisabeth Hammer: Mir ist es sehr schwer gefallen, diese unterschiedlichen Perspektiven alle in meinen Kopf zu bekommen. Was mich sehr gefreut hat, ist beispielsweise, dass Minister Buchinger angesprochen hat, dass er findet, dass persönliche Dienstleistungen nicht unbegrenzt technisierbar, standardisierbar sind. Das war so ein Statement, was ich mir mitgenommen habe. Etwas anderes, was das wieder ein bisschen konterkariert hat, war der Aufruf, dass muss alles effizienter, effektiver werden und man muss sich da auch einigen, wie man es misst. Da war für mich ein bisschen unklar, wie man das denn dann konkret zusammenbekommt. Was mich schon auch gefreut hat, war, dass er diese starke Rolle von NGOs im Sozialbereich betont hat und sich auch deutlich, meines Erachtens, von Profit - Unternehmen abgegrenzt hat und was nicht so auf Widerhall gestoßen ist, aber was ich fein fand, dass die Karin Heitzmann sehr dezidiert darauf bestanden hat, dass Soziale Dienste, Soziale Arbeit öffentlich finanziert werden müssen. Dass sich der Staat da nicht aus der Finanzierungsverantwortung herauszieht.

Josef Bakic: Und ich denke mir, heute am Vormittag ist es noch heftig weitergegangen. Also zumindest in der Arbeitsgruppe, wo ich war, habe ich gemerkt, es gibt einen hohen Anspruch der Sozialarbeit, dass sie sich in die Öffentlichkeit begibt, dass sie in der Öffentlichkeit auch etwas bewirkt und habe auch quasi selbstkritisch von einigen vernommen, dass sie mitunter nicht das Gefühl haben, sie können sich ausreichend zu Wort melden. Fühlt sich manchmal auch garnicht nicht in der Lage seine Stimme zu erheben, deshalb würde ich einfach einmal sagen, fangen wir einfach einmal an mit dem Stimmeerheben. Wenn sie Revue passieren lassen, was Sie gestern Abend, was Sie heute so erlebt haben, was wäre ein erster Initiationspunkt den sie liefern möchten?

Astrid Strisnik (P): Ich bin momentan auf Berufspause und habe den gestrigen Abend Revue passieren lassen. Was mir schon wieder einmal aufgefallen ist, dass Sozialarbeit, wie

ich sie in den vielfältigsten Aspekten erlebe, selber die letzten 15 Jahre geleistet habe und auch kritisch beobachte, für mich noch immer weiblich ist. Besonders aufgefallen ist mir das am Podium, dass eine Arbeit, so wie sie Ute Bock leistet, auf Privatengagement zurückgedrängt wird und das ein weibliches Engagement ist und in den Führungsebenen der diversen Institutionen, seien sie nun ausgelagert oder halbstaatlich oder halböffentlich oder auch privat, befinden sich auf den Managementpositionen Männer. Ich sage nicht, es gibt Beispiele, aber es ist für mich auffällig und es ist auch auffällig, dass eine Branche, die so stark auch von Frauen besetzt ist - finanziell auch natürlich, weil das so hinten nachhängt und da kann das Thema Genderbudgeting nicht ausbleiben. Und wenn man einen ehrlichen Diskurs über Soziale Arbeit führt, dann muss auch der Diskurs über ehrliche Bezahlung, gleichwertige Bezahlung, für hohe anspruchsvolle Arbeit geleistet werden.

Elisabeth Hammer: Es wäre sehr fein, wenn es noch eine Revuemeldung von gestern geben würde. Aus der Perspektive der Veranstalter, haben wir diesen Abend gestern auch in den Presseaussendungen immer sehr hochkarätig angepriesen und haben gesagt, 200 Personen aus sozialen Organisationen kommen zusammen und diskutieren über die Zukunft. Und wir waren dann ein ganz klein wenig enttäuscht von der Beteiligung der SozialarbeiterInnen aus dem Publikum, jetzt so ein Revuepassieren so von meiner Perspektive, die das gestern auch moderiert hat. Ich glaube, dass da noch etwas zu leisten ist, dass sich die Sozialarbeit veröffentlicht. Das war das Anliegen. Ich würde mich freuen, bevor wir dem Podium die Expertise überlassen.

Publikum 1: Also gestern war ich nach der Veranstaltung ein bisschen zwiegespalten, sage ich jetzt einfach verkürzt. Gute interessante Inputs, auf der anderen Seite so quasi, wie kann man denn da etwas umsetzen. In der heutigen Gruppe habe ich es sehr spannend gefunden. Da ging es um die Lebensweltorientierung in der Sozialarbeit und natürlich sind wir über dieses Thema dann überhaupt zu den Themen gekommen, wie sehen die Arbeitsbedingungen, wie schaut das aus, wie weit kann das noch einfließen. Sehr großes Thema war dann noch Öffentlichkeitsarbeit, Sozialarbeit, Medienarbeit. Ich habe das sehr interessant gefunden und was mir auch noch wichtig ist zu sagen, so von der ganzen Veranstaltungsreihe, ich habe zwischendurch leider einzelne Termine nicht wahrnehmen können, aber bei den ersten Terminen weiß ich noch, war eine sehr gedrückte Stimmung, "um Gottes willen, uns geht es allen so schlecht", mittlerweile bekomme ich ein bisschen einen Aufwind mit. Das finde ich sehr gut. Es war dann auch bei uns so Thema, zusammenrücken, sich organisieren, Plattformen gründen. Ich hoffe das geht so weiter.

Martin Dworak (P): Es ist gestern Abend und heute, sehr oft über Qualität diskutiert worden und das ist einfach, was ich so mitbekomme, ein sehr zentraler Begriff und ich nehme da auch immer eine gewisse Angst wahr. So, was könnte da der Rücklauf sein, wenn wir wirklich Erhebungen machen. Es könnte auch etwas negatives sein, das da zurückkommt, einfach auch aus der Rolle, wir haben ja keine Kunden, denen wir ein Produkt verkaufen, sondern wir haben einfach Klienten, die sich es oft auch gar nicht aussuchen können, ob sie mit uns arbeiten wollen oder nicht. Und da kann es natürlich auch oft sein, dass sie sehr angefressen sind im Nachhinein und ich denke mir, es ist trotzdem sehr sinnvoll, da z.B. Klientenbefragungen zu machen und sich das dann sehr differenziert anzuschauen, nämlich eine positive Rückmeldung muss nicht unbedingt heißen, dass man von unserer professionellen Sicht her, gute Arbeit geleistet haben. Das kann einfach auch heißen, dass man sehr beruhigend gewirkt hat und einfach nur Missstände überdecken. Weil gleichzeitig eine negative Rückmeldung auch heißen kann, wir haben es aus unserer professionellen Sicht her, ganz genau richtig gemacht. Die Leute sind angefressen, da gibt es Potential, da kommt Bewegung hinein, da kommt Veränderung hinein.

Martin Mayer (P): Ich bin unter anderem Arbeitslosenaktivist und zwar ich mache eine Arbeitsinitiative in der Netzplattform "Arbeitslosennetz" und dann mache ich noch Aktionskunst aktiver Arbeitslose und bin jetzt auch in der GPA - in der Interessensgemeinschaft engagiert, im Moment in der [...] und kandidiere jetzt für die [...],

und mir ist halt wieder einmal aufgefallen, es ist zwar gelungen, ein paar Arbeitslose hinzumobilisieren, aber auf die kritischen Einwürfe ist fast nicht eingegangen worden und auch von der Veranstaltungsplanung her ist es von Vorhinein eigentlich so angelegt, dass eigentlich die sogenannten Klienten nicht vorkommen oder aber keine Stimme haben. Nur die Auftraggeber von oben, die Politik aber nicht die Zwangsbeglückten, und das ist für die politische Kultur in Österreich typisch, finde ich halt auch von solchen Veranstaltungen. Es gibt, zum Beispiel habe ich letztes Jahr von der Armutskonferenz ein Projekt zur Selbstorganisation zu stärken, und das auch sichtbar machen, wo verschiedene armutsbetroffene Gruppen, Selbstorganisationen zusammengekommen sind, und da ist dieses Projekt eigentlich erst am Ende des Jahres so richtig angelaufen und ist schon wieder aus, weil es nur eine Einjahresfinanzierung ist. Und diese ganzen Projektgeschichten finde ich ehrlich gesagt, alle paar Jahre gibt es andere Projekte, aber es nie etwas kontinuierlich weiterverfolgt, und da gehört sicher einiges geändert, und wie gesagt, vor allem bei der Selbstorganisation der betroffenen Gruppen. Also mit denen die Sozialarbeiter arbeiten, weil sie haben nur auf der einen Seite die Politik, den Druck von oben, AMS, Politik, und auf der anderen Seite gibt es kein Gegengewicht und das empfinde ich als großes Defizit

Judith Haberhauer-Stidl (P): Berufsverband der SozialarbeiterInnen. Ich habe aus der gestrigen Veranstaltung ein Stück das mitgenommen, was du jetzt auch schon thematisiert hast, nämlich so das eine Stichwort von Minister Buchinger in Bezug auf Schwierigkeit Sozialarbeit zu standardisieren, was für mich auch nicht zielführend wäre, wenn wir das vereinheitlichen und sozusagen über den Kamm scheren, interpretieren, hinsichtlich dessen, was eigentlich für mich dahinter stehen sollte, nämlich Qualitätsstandards in der Sozialarbeit zu gewährleisten, denke ich war sein Hinweis, dass NGOs im Steigen begriffen sind, zugleich mit großer Vorsicht, für mich, zu genießen ist, in dem Sinn, wenn sich der Staat aus der Verantwortung zieht im Bezug auf Finanzierung oder auch in irgendeiner Form Reglementierung der Rahmenbedingungen für qualitätsvolle Arbeit und dafür wäre aus Sicht des Berufsverbandes, ganz wesentlich Kriterien des Zugangs im Bezug auf die Tätigkeit mit Betroffenen, mit KlientInnen zu gewährleisten, im Sinne eines KonsumentInnenschutzes. Das Thema der berufsverbandlichen Arbeit ist dementsprechend seit 10 Jahren ein Berufsgesetz, Herr Paulschin hat das gestern genutzt um sich zu bedanken, dass das auf Schiene gebracht ist. Ich würde es heute gern nutzen um die Wiener Ebene anzusprechen, weil uns ganz wesentlich noch fehlt, auf Wiener Ebene eine Zustimmung und eine Herantragung an das Bundeskanzleramt, dass dieses, auf Bundesebene zu regeln, nämlich Zugänge, Fortbildungsverpflichtung, und das ist ein wesentlicher Aspekt damit KonsumentInnenschutz und KlientInnenschutz gewährleistet ist und erreicht wird, dass Sozialarbeit drin ist, wo Sozialarbeit drauf steht, dieses auf Wiener Ebene auch auf Schiene zu bringen. Danke

Elisabeth Hammer: Danke. Roland Fürst, du bist langjähriger Praktiker auch, ich habe ganz vergessen am Anfang zu sagen, dass du auch Lektor bist. Aber ich spreche dich jetzt einmal als Praktiker an. Wo siehst du die Sozialarbeit am stärksten gefordert, was sind die Schritte, wo du sagst, da muss Sozialarbeit jetzt angasen, damit das stimmt, was wir sozusagen da auch in der Einladungskarte so offensiv verbraten wollen.

Roland Fürst: Ich nehme die Frage einmal so hin und an. Grundsätzlich möchte ich den Organisatoren einmal danken, dass das Arrangement geschaffen wird, solche Veranstaltungen durchzuführen. Ich denke, dass ist schon einmal ein guter Schritt. Der Weg ist das Ziel, so heißt es. Ich muss jetzt trotzdem ein bisschen biographisch werden. Ich habe jetzt mitgenommen tacheles zu reden und positiv zu bleiben. Das gelingt bedingt, ich hoffe es.

So als Übertitel für mein kurzes Statement "Diffuses Bild der Sozialarbeit". Das ist jetzt auch sehr oft in den Medien herumgeistert. Ich habe in meiner Arbeitsbiographie sozusagen als Sozialarbeiter, als Journalist, der mit Sozialarbeit zu tun gehabt hat, beim Kurier, und jemand der im verwaltungsnahen, politknahen Bereich als Pressesprecher fürs Gesundheits- und Sozialamt, der mehrfach dieses diffuse Bild noch einmal kennen gelernt. Und da gibt es Hol

und Bringschuld und ich möchte das sozusagen das auch nicht in allgemein Plätze zu verlieren, auch an Beispielen dingfest zu machen. Tagesjournalisten wollen gleich Informationen haben, oder relativ am selben Tag. Es genügt nicht einen Teambeschluss abzuwarten. Das heißt, wenn man als Journalist, als jemand der Öffentlichkeitsarbeit verbreitet keine AnsprechpartnerInnen hat in der sozialen Arbeit, oder nur wenige, dann ist das einmal eine Bringschuld der Sozialarbeit.

Zweites Beispiel als jemand der sozusagen beim Soziallandesrat auch für soziales zuständig war und im burgenländischen Landtag die erste Resolution für das Berufsgesetz wesentlich vorangetrieben zu haben und (lobbyiert) zu haben. Ich habe mich nicht immer nach den ethischen Grundsätzen der Sozialarbeit danach gerichtet um diese Resolution durchzubringen.

Elisabeth Hammer: Bist du mit Koffer und Geld zum Landesrat marschiert?

Roland Fürst: Eben nicht. Das ist der Irrglaube, also seitdem meine StudentInnen statt Lobbying auch networking sagen, Netzwerkarbeit, geht das auch viel besser runter und ich denke, da muss auch Sozialarbeit ein Stück weit entgegenkommen. Weil wir können das ja, wir können ja all diese Dinge tun. Wir schaffen es, mit den vielfältigsten Klientengruppen so zu sprechen, damit sie die Unterstützung annehmen können, damit sie in ihren eigenen Kompetenzen zu stärken. In diesem Bereich haben wir oft Schwierigkeiten. Es geht mir um Perspektiven und ich sehe, wir stehen da an einer Schwelle, wo es sozusagen zukünftig glaube ich ganz positiv geht, allerdings sollten wir einfach Fehler in der Vergangenheit nicht machen.

Ich möchte noch 3 Stichwörter sagen: Psychoboom in den 70iger, 80iger Jahren, wo die Identifizierung der Sozialarbeit über Psychotherapie gegangen ist. Das heißt, ich habe 1994 diplomiert. Ich habe ich fast verantworten müssen, wieso ich keine Psychotherapieausbildung mache. Der größte gemeinsame Nenner, will ich sagen, Sozialarbeit, also die Visitenkarte, da steht nicht oben "Roland Fürst, Sozialarbeit, (-) Arbeitsassistent oder Sachwalter oder Bewährungshelfer. Also das war insgesamt nicht dienlich für die zukünftige Entwicklung der sozialen Arbeit. Ich glaube diese Fehler dürfen wir in Zukunft nicht machen. Ich sehe ein paar Gefahren, die sich auftun, nämlich die Schwere zwischen Ausbildung und Praxis, da sind natürlich hiesige Fachhochschulen ausgenommen und ich versuche, der letzte Punkt den ich noch sagen will, mit diesen neuen Abschlüssen die es gibt, wird es noch ein Stück weit komplizierter. Das muss ich dazu sagen und wie sich Sozialarbeit insgesamt einbringt, da gehört schon das ganz bewusste Interesse und vor allem das Engagement jedes einzelnen (-) jeder einzelnen Sozialarbeiterin dazu und ich merke über die SIÖ, die jetzt das 4 oder 5 Jahr versuche zu gestalten, schon eine Entwicklung, die aber noch sehr am Anfang steht. Also SozialarbeiterInnen die sich auch zu Wort melden wollen in einer Fachpublikation, der einzigen, sage ich jetzt einmal die bundesweit erscheint, weil ich habe die größte Mühe, AutorInnen zu finden, die zu den verschiedenen Schwerpunktthemen auch sozusagen professionell schreiben können. Also grundsätzlich würde ich dafür plätieren, dass ein Stück weit mehr Mut in die Hand genommen wird auch umzugehen, weil dort wo sich Sozialarbeit gut und adäquat engagiert und formuliert, auch bei den politischen Stellen, geht auch etwas weiter.

Elisabeth Hammer: Roland, ich glaube an dem, was du gesagt hast ist es wert dranzubleiben und das heute auch noch einmal zu thematisieren. Es braucht AnsprechpartnerInnen, es braucht Personen, die sich da auch trauen an den richtigen Stellen etwas zu sagen. Für mich schließt das auch an, an das, was gestern diskutiert worden ist: Es braucht mehr offenen Dialog. Es braucht über die Gremien die es gibt, die jetzt nicht so zahlreich sind, also ich sage jetzt, es gibt die Armutskonferenz, es gibt den Berufsverband, aber was sind so über einzelne Organisationen hinweg Dialogformen mit politisch Verantwortlichen, auch Verantwortlichen in der Verwaltung. Also ich denke mir, da macht es Sinn daran zu bleiben. Vielleicht gibt es ja Antworten heute hier. Du hast auch von der Geschichte gesprochen. Eine Person, die da auch einen Rückblick wagen kann bist du

Monika Vyslouzil. Welche Fehler darf man nicht mehr machen. Wie schaut es für die Zukunft aus? Was sind die Herausforderungen die du siehst heute hier und jetzt?

Monika Vyslouzil: Ich möchte mich eigentlich nicht über Fehler verbreiten. Als erstes möchte ich gleich einmal die Gelegenheit wahrnehmen: Der Verein für Sachwalterschaft, Patientenanwaltschaft und Bewohnervertretung hat einen neuen Namen, ein neues Design und das liegt überall auf den Plätzen. Wir heißen jetzt Vetretnetz. Wir sind aber noch immer derselbe Bundesverein.

Ich möchte jetzt eigentlich auch anschließen jetzt was eingebracht wurde, der Dialog mit Politik, also ich habe eigentlich in meiner ganzen Tätigkeit, Sozialarbeit immer neben der Arbeit mit KlientInnen auch als Politikberatung gesehen. Man braucht für beides ungefähr genauso viel Geduld. Ich möchte jetzt einfach ein Beispiel aus der Vereinsgeschichte anführen, wie viel Geduld man braucht und welche Schritte, und das ist vielleicht jetzt auch so, wo kann der Dialog stattfinden und wo kann man da auch anschließen? Also 1999 gab es das internationale Jahr der älteren Menschen und die die mich schon länger kennen, ich war auch immer international unterwegs und wenn das vielleicht auch manchmal sehr abgehoben erscheint, was da international passiert, aber manchmal ist es doch ein Anstoß, sich mit Fragen etwas genauer zu beschäftigen. Und in diesem internationalen Jahr der älteren Menschen hat sich der Verein im Auftrag des Justizministers beschäftigt mit der Situation von BewohnerInnen von Heimen, sprich Behindertenheime bzw. Pflegeheimen. Da kam dann eine Publikation zustande, eben 1999 im rechts(freien) Raum, die dann medial und auch in der Fachöffentlichkeit ziemlich heftig diskutiert wurde und parallel dazu gab es immer zwischen Verein, also der zu über 90% von Justizministerium finanziert wird, daher auch dort als gewichtiger Ansprechpartner angesehen wird, gab es immer wieder Kontakte mit den Ministern zu den Problemen, die dort aufgezeigt wurden. Nämlich, dass es freiheitsbeschränkte Maßnahmen gibt ohne irgendeine Kontrolle. Und dann gab es einmal 2000 einen Antrag von der SPÖ und es ist nichts passiert. Dann gab es wieder einen Misstand, der von einem ehrenamtlichen Sachwalter aufgezeigt wurde, was ein bisschen durch die Medien gegangen ist. Dann kam, vielleicht in dem Fall Gott sei Dank Lainz dazu, und plötzlich war das ein Thema, dass für ein Gesetz reif war. Das wurde dann auch wieder, und da sehe ich auch die Rolle der Sozialarbeit, in dem Fall eben durch die SachwalterInnen und VereinsmitarbeiterInnen. Bei der Gesetzgebung war ganz stark im Hintergrund ein Arbeitskreis des Vereins aktiv. Das Gesetz wurde 2004 beschlossen und 2005, also das Heimaufenthaltsgesetz, umgesetzt wo Bewohnervertreter jetzt kontrollieren oder zumindest nachgehen und versuchen Veränderungen herbeizuführen um freiheitsbeschränkende Maßnahmen möglichst (hinten) ranzuhalten und jedenfalls keine ungerechtfertigten zuzulassen. 1999, 2005, also wie gesagt, man braucht auch in der Politikberatung genauso wie mit den Klienten viel Geduld. Aber ich sehe das als einen ganz wichtigen Weg und der, denke ich mir, steht immer offen. Ich glaube nur, dass manchmal, und da bin ich vielleicht doch bei einem Fehler, ich erlebe das ganz stark auch bei uns immer wieder in der Praxis, die Tendenz Dinge zu dokumentieren ist nicht besonders beliebt. Aber gerade für solche Prozesse unbedingt notwendig. Weil wenn ich nicht dokumentiere was mir auffällt, und sei das jetzt die Fallzahlüberlastung oder eben konkrete Details, die in der Klientenarbeit auffallen, dann kann ich auch keine Argumente aufbauen, die ich dann öffentlich vertrete.

Elisabeth Hammer: Du bist da sehr pädagogisch. Es ist nicht sonderlich, ein bisschen wenig beliebt. Du forderst definitiv, dass die SozialarbeiterInnen mehr auf die Doku schauen.

Monika Vyslouzil: Also ich denke mir sie sollten es nicht nur als Belastung ansehen, sondern im Zusammenhang mit "Ich möchte etwas durchsetzen", auch als ein Arbeitsmittel betrachten.

Elisabeth Hammer: Christina Schilling, es sind 2 Sachen gefallen, die mich an dich denken haben lassen. Das eine war das diffuse Bild der Sozialarbeit und wie es auch oft in der Öffentlichkeit vermittelt wird und der Dialog mit Politik in Form einer Politikberatung. Ich habe in dunkler Erinnerung, dass ihr das probiert habt, einen Dialog mit Medien und darüber auch

mit Politik ein bisschen ein diffuses Bild von Sozialarbeit zurechtzurücken. Wie habt ihr das gemacht und an welche Grenzen seid ihr gestoßen?

Christina Schilling: Also es war so, es ging dieser Diskurs, statt Studiengebühr Sozialarbeit zumachen. Studienkollegen von uns- natürlich alle- waren in großem Aufruhr, was tun, das kann man so nicht lassen. Vor allem das Wort "Sozialarbeit" schon wieder falsch zu verwenden, einfach so. Ist gestern auch passiert, will ich nur sagen und das hat mich sehr zusammengekrampft. Ja, wir haben uns zusammengeschlossen und beschlossen, wir machen jetzt irgendetwas und das war: Wir schicken jetzt ein mail an alle möglichen Pressemenschen um ihnen klar zu machen, dass das nicht Sozialarbeit ist, die da geleistet werden soll für 6 Euro die Stunde oder so. Und haben dass das aufgesetzt und ich habe, dadurch dass ich Studiengangssprecherin bin, so einen ganz tollen Mailverteiler. Habe dieses mail an alle Studierende dieses Studiengangs Sozialarbeit Tagesform und Abendform und der Freytaggasse geschickt, mit dem Betreff, sie sollen das, wenn sie das möchten, bitte weiterschicken. Sie sollen den Betreff aber verändern, weil sonst hat jemand alles mit dem gleichen Betreff und dann löscht man es einfach nur. Und wenn jemand möchte, kann er natürlich auch seinen eigenen Text verwenden und es ging eher darum, dass wir als Studenten uns zusammensetzen und bewusst aufzeigen was wir wollen, nämlich dass das Wort "Sozialarbeit" nicht falsch verwendet wird. Sonst müssten wir nämlich als Studierende überhaupt keine Studiengebühren mehr zahlen mit unseren Praktika. Und das ist dann hauptsächlich an den Standard, Presse und alles Mögliche versendet worden, auch an die ÖVP und SPÖ ist es geschickt worden. Aber natürlich waren wir so schlau und haben uns zuerst mit unserer Studiengangsleiterin der Barbara Bittner abgesprochen, was sehr sinnvoll war, denn es kamen ganz böse mails zurück von sämtlichen Pressemenschen. Wir blöde Studenten sollen doch auf den am (-) gehen und demonstrieren und nicht irgendwelche Pressemenschen belagern. Und es sind einzelne Studierende wirklich persönlich beleidigt worden, was ich seltsam finde. Es war vielleicht nicht der richtige Weg, dass wir da Spams gemacht haben, wo ganze Computer zusammengebrochen sind, aber es hat etwas gebracht. Der Standard hat ganz viele Berichte darüber gemacht. Die ÖVP hat in kürzester Zeit, nämlich am gleichen Tag, mails zurückgeschickt und sie würden das nicht verwenden. Die SPÖ hat eine ganze Woche gebraucht bis sie geantwortet haben, denke, das liegt auch an der Regierungsbildung, dass das so lange gedauert hat, ich weiß es nicht. Wir sind immer wieder im Diskurs gewesen mit dem Öffentlichkeitsbüro vom fh- campus Wien. Wir haben uns auch immer wieder rechtfertigen müssen. Und ich habe das Gefühl, dass wir sehr wohl einen Beitrag geleistet haben, dass das Thema in den Medien ist, und es ist auch teilweise dann richtig gestellt worden, teilweise wird es noch immer falsch verwendet. Also es geht uns jetzt nicht darum, dass wir keine Studiengebühren zahlen müssen- dass natürlich auch- aber vorrangig ging es natürlich darum, dass das Wort "Sozialarbeit" oder "soziale Arbeit" falsch verwendet wurde. Das war eben unser Diskurs und ich glaube, wir haben dann doch etwas erreicht.

Elisabeth Hammer: Eine Rückfrage an dich noch, du bist Studentin jetzt an diesem Fachhochschulstudiengang -4-jährig noch- Wie ist das für dich mit dem diffusen Bild der Sozialarbeit? Kennst du dich aus was das ist, wohin das geht?

Christina Schilling: Also ich kenne mich gar nicht. In dem Moment wo ich beschlossen habe, ich möchte Sozialarbeiterin werden, hat es nicht mehr die Sozak gegeben, sondern es war schon die Fachhochschule dann, wo mir erklärt wurde, ich bin dann nicht Diplomsozialarbeiterin sondern Mag. für Sozialwissenschaften, was ich gar nicht machen möchte, aber ja, ich werde Sozialarbeiterin. Welcher Titel ist mir egal. Und letztens kam die Meldung, dass dann nächstes Jahr Bachelor und Master gibt. Das heißt, es wird dann wieder umgestellt. Ich weiß nicht, ob das nur den Sinn hat, dass man europäisch vergleichbar ist und ich denke mir, dass ist auch ein weiterer Punkt, wo man innerhalb der Sozialarbeiterschaft ein bisschen für Unruhe sorgen möchte. Ich denke mir, wir als Studierende haben Sehrwohl auch den Anspruch politisch zu sein und darauf werden wir auch ein bisschen hingewiesen in unserem Studium.

Elisabeth Hammer: Vielen Dank. Jetzt zur Politik. Es wurde angesprochen, diffuses Bild der Sozialarbeit. Andererseits Sozialarbeit kann, muss, soll auch Politikberatung machen. Was ist denn eigentlich die Außensicht von Sozialarbeit? Du hast zwar in einer sozialpädagogischen Einrichtung gearbeitet, bist kein Sozialarbeiter. Was nimmst du wahr von dieser Profession? Wo findest du, müsste sich diese Profession mehr zeigen und wie soll sie das machen?

Karl Öllinger: Also auf alle Fälle glaube ich, dass sich die Sozialarbeit als Beruf, die SozialarbeiterInnen, wenn sie schon berufstätig sind, gut daran tun, sich sehr deutlich und verständlich bemerkbar zu machen. Ich habe das selbst erlebt und es gibt gut organisierte Gruppen in Teilbereichen, Oberösterreich zum Beispiel, rund um den Bereich Arbeitsmarkt, die sozialpädagogischen Projekte, die sozialökonomischen Projekte. Die sind gut organisiert, die haben auch immer wieder ihre Öffentlichkeit und die Politik erreichen können und das finde ich enorm wichtig. Ich erlebe im Parlament - und da muss ich vielleicht einläutend dazusagen, obwohl die Bundesebene zwar sehr viel in der Sozialpolitik mit Geld zu tun hat und große Budgetmittel vergeben werden, erlebe ich die Sozialarbeit auf der Bundesebene kaum. Das hängt damit zusammen, dass ja der wesentlichste Tätigkeitsbereich von Sozialarbeit im Bereich Daseinsvorsorge, Fürsorge, Armutsvorsorge und so weiter angesiedelt ist, was eine kommunale Aufgabe ist. Und in diesem Spannungsfeld zwischen dem, wofür die Kommunen oder das Land zuständig sind und wofür der Bund zuständig ist, nämlich die Gelder irgendwie umzuverteilen und zu organisieren, ist auf Bundesebene wenig bemerkbar und das finde ich persönlich ein großes Problem. Ich selbst profitiere natürlich einerseits aufgrund meiner beschränkten Erfahrungen in dem Bereich schon davon, wenn ich etwa, was sehr selten passiert, aber doch, im Rahmen einer Wahlkampftournee, beispielsweise, in Salzburg 10 – 20 Sozialeinrichtungen besuche, mir dafür die Zeit nehmen kann - das ist die Voraussetzung, dass man nicht nur dort hin geht und die Hand schüttelt - und feststellen muss: Verdammt, der ganze Sektor Sozialarbeit im Bereich Jugendwohlfahrt ist noch nicht, aber fast wieder dort, wo er war, als ich in dem Bereich tätig war. Da hat es in den letzten 10, 20 Jahren im Bereich Jugendwohlfahrt sehr viele gute, professionelle, niederschwellige Angebote gegeben. Die sind entwickelt worden und die werden jetzt alle wieder zurückgefahren - noch nicht deutlich und drastisch, aber leicht zurückgefahren. Und man merkt schon, wenn man dann mit den SozialarbeiterInnen in den Einrichtungen spricht, wohin das alles wieder geht. Und die Geschichte kann ich auch weitererzählen, weil das war mein Ausgangspunkt, an dem ich vor inzwischen schon sehr vielen Jahren eingestiegen bin. Ich denke, so wie mir das gut tut, das Wissen darüber, was da an verborgener Qualität teilweise in der Arbeit – jetzt eingeschränkt im Bereich Jugendwohlfahrt entwickelt wurde, wie gut das war, dass es entwickelt wurde, welchen Fortschritt das dargestellt hat und wie beschissen das ist, wenn das wieder zurückgeführt wird, abgebaut wird, die niederschweligen Angebote, so dass sich alles darauf reduziert, dass dann Jugendliche entweder wieder in Heimen oder meinetwegen in Wohngemeinschaften landen, weil es dazwischen überhaupt keine Strukturen gibt, wenn man die Politik darauf hinweist, finde ich das einen enormen Fortschritt.

Elisabeth Hammer: Vielen Dank. Eine Rückfrage: Du hast angesprochen, dass der Bereich der sozialen Unternehmen oder 2.Arbeitsmarkt-Bereich unter Umständen besser organisiert ist oder dass du davon etwas mitbekommst. Würdest du das auch in Anspruch nehmen, wenn mehr Dachverbände für diese einzelnen Handlungsfelder der Sozialarbeit gäbe? Könntest du dir da auch Expertise abholen?

Karl Öllinger: Ein ehrliches Wort: Dachverbände sind gut und wichtig! Die organisieren die Leute nach ihren beruflichen Interessen, sehr wenig nach dem, was an aktuellen Konfliktfeldern existiert, aber das ist teilweise auch Überforderung. Ich merke nur in den letzten Jahren, gerade im arbeitsmarktnahen Bereich: da brennt es, dort brennt es, da brennt es - aus meiner Perspektive Wien, wo gute sinnvolle Projekte zusperrt werden müssen, eingestellt werden - und es gibt überhaupt keinen Diskurs darüber. Wenn, dann melden sich die

Betroffenen aus den Projekten, aus den Einrichtungen. Darüber hinaus gibt es noch kaum Ebenen, wo meinetwegen auch über die Sinnhaftigkeit oder auch über die Perspektiven gesprochen wird. Was bedeutet das, wenn zugesperrt wird – Würfel, und, und, und – was fehlt dann!

Elisabeth Hammer: Aber kannst du es dir leisten, dann jeweils die Vereine abzuklappern? Beziehungsweise noch einmal anders gefragt: Was können die sozialen Organisationen tun, damit das, was du ja auch beschreibst – zum Beispiel die Wiener Situation: dort brennt es, das sind die schwierigen Felder, die Spannungsfelder, die Zwänge - wie kommen diese Einschätzungen, wenn es so ist, zu dir? Was hast du für eine Forderung an die Unternehmen, die sozialen Organisationen in diesem Feld? Wie sollen die das transportieren? Liegt das an den einzelnen SozialarbeiterInnen?

Karl Öllinger: Nein, ich glaube, das wäre zu wenig! Weil: Ich bemerke: dort wird zugesperrt oder eingespart, vier Monate später: dort wird zugesperrt oder eingespart, und wieder weitere vier Monate später: dort wird zugesperrt oder eingespart. Es ist aber mittlerweile sehr viel Zeit vergangen! Das sind dann schon neun Monate Differenz zwischen dem ersten und den dritten Vorfall. Und erst nach dem dritten Vorfall würde ich es als echtes Problem wahrnehmen. Wenn es nur eine Einrichtung ist, dann hängt es von meinem Interesse und von meinem Engagement ab. Ich glaube, es braucht andere Interventionsformen. Eine wurde ja schon genannt. Die Einrichtungen müssen sich selber ihre Öffentlichkeit organisieren. Das tun sie oft erst sehr spät. Weil sie, was ich auch verstehe, versuchen, ihre Einrichtung noch zu retten, weil die Geldgeber sagen: Aber eines bitte sicher nicht!: In dem Moment, wo ihr die Öffentlichkeit aufsucht, ist es aus! Also die leben und sind abhängig davon. Das heißt dieses Sich-Öffentlichkeit-Organisieren oder auch politisches Networking, Lobbying, wie auch immer betreiben, fängt oft sehr spät an.

Josef Bakic: Ich war lange Zeit im WUK beschäftigt, wo wir ganz konkret den Fall gehabt haben, dass man nicht an die Öffentlichkeit gehen darf, aber gleichzeitig man zusehen muss, wie man filetiert und zerstört wird. Ich habe aus der ersten Reihe schon einiges vernommen, was ich mir mitnehmen möchte: Einerseits die Sprache gegen die Zersplitterung, der Versuch mit Geduld einzuwirken, damit man etwas erreichen kann und vielleicht auch in die gesetzgebende Ebene gehen kann, auch in Richtung Öffentlichkeitsarbeit. Man kann das Spiel auch mit anderen Mitteln spielen und man erreicht trotzdem Öffentlichkeit. Aber es wird auch sehr viel zurückgefahren.

Heute am Vormittag war bei uns auch der Punkt Controlling Thema. Das gibt es immer mehr, nur die Leute, die die Finanziere Sozialer Arbeit sind, wissen gar nicht, was sie tatsächlich wollen und man weiß dann teilweise gar nicht in welche Richtung man etwas beschreiben soll, welche Zahlen man liefern soll, welche gut genug sind? Deshalb gibt es jetzt das Zauberwort Qualität oder Qualitätsmanagement, Qualitätssicherung, mit dem man viel von der Diskussion abfedern kann. Was mich dann dazu bringt, sie zu fragen: Wie sieht es aus der Organisationsperspektive momentan aus? Welche Herausforderungen und Rahmenbedingungen sehen sie in der Praxis? Wo geht die Reise hin? Gibt es dazu Wortmeldungen?

Judith Ranftler (P): Ich bin Studentin an der FH im 8. Semester. Ich kann nicht aus einer Organisationsperspektive sprechen, weil ich ja noch Studentin bin. Ich habe im Rahmen des Projekts, das diese Veranstaltung macht, eine Fallstudie über eine Organisation im Flüchtlingsbereich in Wien erstellt und da ist ganz stark zu merken, dass sich aufgrund einer Veränderung der Struktur der Finanziere - andere Geldgeber - das sehr stark auf die Arbeit der SozialarbeiterInnen auswirkt. Damit wollte ich auch anschließen an den Herrn Öllinger: Es wird zurückgefahren einerseits, es kommen aber auch andere Anforderungen: Es müssen Kennzahlen geliefert werden, es muss viel mehr dokumentiert werden. Wobei ich persönlich denke, dass es nicht mehr der Fachlichkeit dient. Es ist so viel Dokumentation, dass ich das schon als nicht mehr sehr sinnvoll erachte und das beeinträchtigt die

Fachlichkeit, die sich ansonsten sehr stark weiterentwickelt hat, glaube ich jedenfalls, aber das wird einfach durch externe Einwirkungen behindert.

Rita Pammer (P): Ich möchte gerne noch zu dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit und die Schwierigkeit, dass wir SozialarbeiterInnen unsere Belange auch an die Öffentlichkeit bringen, sagen. Sie haben da etwas sehr wichtiges angesprochen, die Situation, dass wir zwar die Missstände mitbekommen, über Jahre, manchmal intensiver, manchmal weniger intensiv, und man formuliert es immer wieder, aber die Schwierigkeit ist dann damit in die Öffentlichkeit zu gehen und die Herausforderung, von wem werde ich dann dabei unterstützt? Es ist immer wieder dieselbe Frage und ich habe keine Lösung, aber ich würde mir eine Plattform wünschen. Es gibt inzwischen auch Plattformen, aber ich würde mir auch Plattformen auf sozialarbeiterischer Ebene wünschen. Es gibt im Geschäftsbereich Plattformen inzwischen, das finde ich gut und ich würde mir noch einmal mehr Vernetzung unter uns SozialarbeiterInnen wünschen, wo dann Tacheles in lösungsorientierter Art und Weise gesprochen wird und auch wir uns dann Unterstützung von Fachmännern und Fachfrauen holen, die in Öffentlichkeitsarbeit versiert sind. Ich bin es nicht und ich will und muss auch etwas dazulernen, was das betrifft.

Ich bin bei Balance tätig.

Franz Sedlak (P): Ich habe längere Zeit ein Projekt aufgebaut, die ARGE Wien. Das ist ein sozialökonomischer Betrieb gewesen, bis vor einigen Jahren, als wir dann von unserer Seite aus die Zusammenarbeit mit dem AMS gekündigt haben, weil die Zusammenarbeit nur mehr einseitig war. Es ging darum, die Ansprüche des AMS zu übernehmen ohne selbst die eigenen Erfahrungen einbringen zu können.

Was ich aber konkret noch sagen möchte, ist: Wir haben in unserem Arbeitskreis auch die letzten Veränderungen am Arbeitsmarkt beobachtet: zum Beispiel bei sozialökonomischen Projekten, dass die Verweildauer von einem Jahr auf ein halbes Jahr gekürzt worden ist und dass das eine Katastrophe ist. Wir haben dann auch festgestellt, dass die Reaktion von den Projekten vorhanden war, aber viel zu leise und so kann es doch nicht gehen. Hier sind erstens sehr viele Projekte gefährdet, zweitens Personen, die in Projekten eingegliedert sind, die um eine mögliche Qualifizierung oder Ausbildung fallen oder denen der Zugang erschwert wird und da denke ich, wäre es von Seiten der Sozialarbeit sehr viel dringender und wichtiger sich ein Gehör zu verschaffen. Die zweite Sache, und das hat auch Herr Öllinger gesagt, ist, es geht manches Mal ums Eingemachte! Wer kann sich aus dem Fenster lehnen und sagen: Wir können uns das nicht bieten lassen. Wer kann das? Dann werden sie natürlich gleich gekürzt! Da wäre es wichtig Instrumentarien zu schaffen. Gestern wurde das auch versucht, mit der Plattform von Sozialprojekten und sozialökonomischen Projekten. Aber ich denke, dass die mehr und stärker verbunden sein sollten und dass die mehr Nachdruck und Gegengewicht gegenüber der faktischen Machtpolitik – den Geldgebern - bekommen müssen. Das wäre mir ein sehr wichtiges Anliegen, hier einen politischen Druck, ein Gegengewicht zu finden und das auch zu argumentieren, sprich auch in der Öffentlichkeit zu argumentieren.

Publikum 2: Ich bin in der Volkshilfe Österreich zuständig für Flüchtlingsbetreuung, Migration und Arbeitsmarktpolitik und Vorsitzender vom DSE Wien - Dachverband sozialökonomischer Einrichtungen – auch eine Plattform, die versucht Lobbying zu machen für die Interessen, vor allem der Betroffenen. Natürlich sind wir im Hintergrund Vertreter von den MaßnahmenträgerInnen und das ist schon ein Problem! Ich denke mir, es gibt zwei Ebenen. Ich habe jetzt auch von den Studenten gehört, dass sie sehr aktiv etwas gemacht haben, trotzdem im Hintergrund auch mit der Schule, mit der Leitung der Schule, mit der Öffentlichkeitsarbeit abgeklärt haben, ob das überhaupt zulässig ist! Ich denke mir, es ist auf jeden Fall zulässig! Wenn sie betroffen sind, wenn sie als StudentInnen betroffen sind, wenn sie als SozialarbeiterInnen betroffen sind, haben sie das Recht jeder Zeit zu intervenieren ohne zu hinterfragen, ob ihre Institution das zulässt oder nicht. Auch das ist ein wichtiger Punkt, den Mitarbeitern in den Organisationen klarzumachen – ich bin in einer leitenden Position tätig, aber auch den KollegInnen, die an der Basis arbeiten - sich in den

Organisationen stark zu machen, dass Organisationen auch internen Druck haben und den auch nach außen weiter geben können. Es ist sehr wichtig, das zu tun. Und auf der Plattformebene: Wir machen ständig publik, dass diese Darstellung von Problemen in Österreich schon lange nicht mehr real sind. Wir reden über Statistiken, über Zahlen und keiner sieht sich an, was die Menschen dahinter für ein Problem haben und die Probleme ändern sich gar nicht. Wir haben im Flüchtlingsbereich ganz viele Leute, wo klar ist, dass die Tagsätze nicht ausreichen, um die Flüchtlinge adäquat zu versorgen und wir haben gestern von Ute Bock gehört, dass Leute auf der Straße stehen. Wir machen das seit 2 Jahren publik, bei jeder Partei, egal wo in der Öffentlichkeit. Es gibt keine Reaktion darauf - außer, ich lese heute im Kurier wieder vom neuen Minister, dass er keinen Bedarf sieht, im Asyl- und Fremdenrecht etwas ändern zu müssen, obwohl es auf der Hand liegt, dass es nicht mehr ausreicht. Wir haben im Beschäftigungsbereich ganz viele Projekte in Wien, wir haben ein Projekt in Tirol gehabt, das vor der Schließung gestanden ist, das 20 Jahre existiert hat. Das ist nur durch die Aktivität des Dachverbandes noch am Leben und es gibt in Wien ganz viele Einrichtungen, bei denen massive Kürzungen vorgenommen werden, wo die Bedürfnisse der Arbeitslosen nicht mehr wahrgenommen werden. Wir kommunizieren das ständig und machen das öffentlich, aber es gibt keine Reaktion darauf und darum glaube ich, dass es sehr lange oder sehr lange sehr gut ist, noch in Austausch zu treten mit Parteien, mit öffentlicher Hand auch zu verhandeln, auch inhaltlich unsere Interessen klar zu artikulieren. Aber es macht auch wieder Sinn andere Öffentlichkeiten zu suchen und vielleicht auch mehr auf die Straße zu gehen und auf der Basis mehr Aktionen zu setzen. Ich glaube, nur der Diskurs alleine reicht in einer Politik, die aktuell passiert, nicht mehr aus. Da wünsche ich mir noch mehr Aktivität und ich glaube, dass Vernetzung auf allen Ebenen sehr gut ist.

Ich kann befürworten, was mein Vorredner gesagt hat und möchte noch über die Situation der sozialökonomischen Betriebe etwas sagen: Ich habe schon zwei Dinge auf diesen Veranstaltungen gelernt: Heute habe ich einen sehr guten Satz gehört: Begriffsbildung ist Machtausübung ist Politik. Dazu ein Beispiel: Ich bin Sozialarbeiter in einem sozialökonomischen Betrieb. Früher war die Verweildauer ein Jahr mit der Möglichkeit auf ein weiteres Jahr Verlängerung, was vielen Personen die Möglichkeit gegeben hat auch eine externe Lehrabschlussprüfung nachzuholen – erwachsene Personen – um sich ein berufliches Standbein zu schaffen. Inzwischen ist die Verbleibdauer nur mehr ein halbes Jahr. In diesem halben Jahr vorgeschaltet, ist ein Arbeitstraining, wo die Personen kein Gehalt erhalten, sondern Kursgeld des AMS, das sind 545 € im Monat und zwei Monate lang Vollzeit arbeiten. Man soll drei Leute aufnehmen, einer bekommt am Schluss die Arbeit, sechs Monate befristet für ganz wenig Geld. Das ist so die Knackwurst, die am Schluss hängt.

Elisabeth Hammer: Wer wählt aus den drei Personen aus? Ist das dein Job?

Andreas Schmid (P): ja. (lacht)

Ich wähle eine Person aus, die bekommt dann den Job. Damit tue ich etwas, was ich nicht tun darf.

Was ich noch gelernt habe, warum sich Sozialarbeit nicht äußert, sind Konfliktvermeidungstheorien. Das habe ich auch hier gehört. Wenn man nämlich ruhig bleibt, kann man immer noch Nischen für die Betroffenen schaffen, indem man so agiert, wie man glaubt, das es richtig ist zu agieren. Sobald man den Mund aufmacht, ist die Nische weg. Das ist ein weiterer Punkt, warum man oft einmal nichts sagt!

Zu den Zahlen noch einmal: Das AMS veröffentlicht zum Beispiel eine Statistik, die sagt, in Wien gibt es 1955 Langzeitarbeitslose. Ich habe in den letzten zwei Jahren mit allen schon persönlich gesprochen, kann ich behaupten und der sozialökonomische Betrieb, in dem ich arbeite, schafft es, in dem er diese Trainingsarbeitsplätze anbietet, ohne dass der Fördergeber, das AMS einen Groschen Geld in die Hand nimmt, schafft er tausende Kursplätze und wir schaffen es, und da bin ich stolz drauf, die Langzeitarbeitslosigkeit innerhalb von einem Jahr um weitere 33,3 % zu drücken. Also Langzeitarbeitslosigkeit ist in Wien vom Aussterben bedroht und ich helfe kräftig dabei mit.

Elisabeth Hammer: Das waren jetzt einige Beträge, wie es in den Organisationen aussieht. Ein großes Thema: die sozialökonomischen Betriebe.

Eine Sache, die mich interessiert: Wie agiert das Management von sozialen Organisationen? Trägt das Management von sozialen Organisationen die Politik, die angesprochen wurde, die nicht hört, was eigentlich in der Praxis los ist, mit? Oder umgekehrt formuliert: Schließt sich das Management mit den SozialarbeiterInnen zusammen und sagt: So wie ihr das seht, so sehen wir das auch. Gehen wir gemeinsam auf die Straße. Welchen Zwängen sieht sich da das Management gegenüber oder wie agiert das Management?

Ursula Weber-Hejtmank: Das ist eine sehr spannende Frage. Vielleicht darf ich zuerst noch einmal zurückkommen auf ein bisschen Biographie: Ich bin nicht als Geschäftsführerin auf die Welt gekommen, sondern ich habe einen zum Teil arbeitslosen akademischen Maler als Vater gehabt und auch erlebt, wie der Kuckuck gepickt ist. Als Kind konnte ich mir unter Kuckuck nichts vorstellen und habe mir gedacht, ich weiß nicht, warum sich die aufregen, ist ein schönes Vogerl. Damals gab es in unserem Umfeld so etwas wie Sozialarbeit nicht, bestenfalls die Fürsorge und hätten wir nicht den Großvater gehabt, der ein bisschen eine Pension gehabt hatte, hätten wir außer am Mittwoch nicht einkaufen gehen können. So kam ich auch in den ganzen Sozialbereich.

Jetzt das Management: Soviel hätten wir mal, dass wir wissen, ich bin nicht als reiner Wissenschaftler und Manager in die Sache hinein gekommen. Ihr habt mich eingeladen zu etwas, dass ElefantInnenrunde heißt und ich habe mich jetzt, während ich dem allem zugehört habe, gefragt, wo in der ElefantInnenrunde befindet sich das Sozialmanagement? Was ist das? Also, ich sehe mich als Rüssel. Einerseits bin ich angewachsen, oben zwischen zwei Ohren, die ich als Politik, Verwaltung und Wirtschaft bezeichnen würde. Die Wirtschaft haben wir heute noch gar nicht angesprochen. Wir haben die ganze Zeit von der Politik und von der Verwaltung gesprochen, aber auf der anderen Seite nicht von der Wirtschaft.

Ich sehe mich aber als Rüssel sehr verhaftet - und das ist jetzt direkt auf deine Frage: Was ist mit den Sozialarbeitern? - sehr verhaftet am Boden der Realität – und da rede ich, glaub ich mit Kollegen, wie den Herrn Kollegen Sperl, der dort drüben sitzt, die wir immer noch schauen, dass wir an der Basis unsere Erfahrungen machen, spüren, was die Menschen brauchen. Dazu brauchen wir natürlich die sehr intensive Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern.

Möcht ich aber auch anschließen: Wir brauchen auch die Dokumentation, was die Fälle sind, sonst kann der Rüssel nicht in den Bereich hinaufsaugen, wo ich zwischen diesen zwei Ohren Politik, Verwaltung und Wirtschaft agieren kann. Also so sehe ich dieses Bild, wo sich der Manager einer sozialen Organisation aufhält. Ich habe mich eigentlich noch nie als Rüssel empfunden, aber jetzt sehe ich mich so. Es ist ein gutes Bild.

Elisabeth Hammer: Wir haben nicht abgeschätzt, dass dieses Elefantenbild so hoch im Kurs ist, heute, aber gehen tut der Elefant mit den Beinen. Der Rüssel ist nur ein abhängiges....

Ursula Weber-Hejtmank: Na gut, die Beine sind die Gesellschaft, die gehen soll. Gestern hat der Minister Buchinger von einer Wohlstandsgesellschaft gesprochen und Wohlstand ist nicht nur etwas, was sich mit Materiellem messen lässt, sondern meiner Sicht müsste das eine Definition sein, die ähnlich der WHO-Definition der Gesundheit ist, die sich um das gesamte Wohlbefinden einer Gesellschaft, auch um seelische, um lebensweltliche Zufriedenheit dreht und ich sehe schon, dass ich natürlich als der, der im Management leidergottes nicht an der Stelle sitze, wo sie sitzen und gerne tätig sein wollen, wenn sie langzeitarbeitslose Herrschaften vertreten, dass ich natürlich irgendwo angewachsen bin an der Wohlstandsgesellschaft und daher sehe ich diesen Körper des Elefanten als die Gesellschaft, die geht, die sich weiterbewegt, die sich aber positiv weiterbewegen soll und nicht in einem Käfig bleiben, wie es in Schönbrunn ist. - Das ist ja auch ein Bild, das möglich wäre. Aber ich denke mir, es sollte ein freibewegliche Gesellschaft sein und dazu gehört

schon, dass das – und damit bin ich wieder dort, was heute schon vielfach gesagt worden ist – dass wir als Manager sozialer Organisationen sehrwohl die Politik beraten sollten, aus dem, was wir von der Basis erfahren, und dass wir sehrwohl auch mit der Wirtschaft netzwerken sollten, und da bin ich bei dem, was der Herr Kollege Fürst zuerst gesagt hat, dass man - nicht Lobbying - sondern netzwerken muss und ich glaube, dann geht es auch viel besser. Ich bin jetzt über 31 Jahre im Sozialbereich, habe die verschiedensten Phasen mitgemacht, von dienender Edelprostitution um irgendwelche Güter zu erlangen für unsere Positionen oder Arbeitsplätze bis dazu, dass man in partnerschaftlicher Art und Weise versucht, mit der Wirtschaft Arbeitsplätze zu kreieren, mit der Wirtschaft die Güter des täglichen Bedarfes zu erhalten. Aber umgekehrt tue ich mir schwerer mit der Politik und der Verwaltung, da wirklich gehört zu werden, um die Dinge, um dies geht, weil ich natürlich auch eine Rücknahme der Gelder erfahre.

Josef Bakic: Das Wiener Hilfswerk ist ein stark expandierender Bereich, würde ich sagen. Da gibt es doch bestimmt ein Erfolgsrezept.

Ursula Weber-Hejtmanek: Naja, das Erfolgsrezept ist hier ja auch schon angesprochen worden: Standardisierung. In dem Moment, in dem ich Probleme von Menschen standardisiere, verliere ich ihn, den Menschen als Individuum mit seinen höchstpersönlichen Bedürfnissen vollkommen aus den Augen. Also das Erfolgsrezept besteht natürlich darin, höchstspeziell auf diese Einzelbedürfnisse einzugehen, wobei die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit da natürlich ein Problem darstellt. Weil ich muss soundso viele nachweisen und soundso viele betreuen etc. Und es ist letztlich schon eine Sache der Lebensgeschichte, wie lange eine Begleitung notwendig ist, wie lange eine Unterstützung gewollt ist, die geht schließlich auch vom Klienten aus. Ich glaube, das Erfolgsrezept liegt schon darin, - das ist natürlich auch zu diskutieren - dass man viele Menschen, die außerhalb der Organisation sind, dafür begeistern kann, hier mitzutun, also ein gesellschaftliches Engagement zu erreichen von Menschen, die mittun. Allerdings leistet man damit auch wieder Vorschub für einen Rückzug des Staates aus der Finanzierung vieler Probleme. Also das ist eine Gradwanderung, würde ich sagen. Das Erfolgsrezept liegt auch darin, dass es auch hauptamtliche Mitarbeiter gibt, die weit über das hinaus arbeiten und das haben sie schon so schön gesagt, a. dass es weiblich ist und b. dass sie sich zum Teil selbst ausbeuten um für die Klienten etwas zu bekommen. Das ist sicher nicht die Zukunft, aber wir sind hoffentlich auf gutem Weg dahin, das zu ändern.

Josef Bakic: Eine Frage noch. Ich habe mich heute im Arbeitskreis hinausgelehnt und gemeint, dass á la longue der Wettbewerb im Sozialbereich der Tod der Fachlichkeit sein wird. Je mehr Wettbewerb, umso mehr werden die fachlichen Ansprüche nach unten nivelliert. Bin ich da ganz falsch oder wie ist das mit dem Wettbewerb?

Ursula Weber-Hejtmanek: Also ich würde nicht sagen, dass du ganz falsch liegst damit. Die Gefahr besteht, dass es so ist, dass es nach unten nivelliert wird. Warum? Fachlicher Wettbewerb bedeutet ja, dass es an irgendeiner Norm, einer statistischen Zahl gemessen wird und da ist die Gefahr schon gegeben. Aber ich denke mir, wenn du eine gewisse Überzeugung dahinter hast, warum du etwas so machst, dann stellst du dich dem Wettbewerb ja nur in dem Maße, wo es dein Überleben in irgendeiner Weise sichert und darüber hinaus wirst du überzeugt das leben, was zum Ziele führt. So machen es zumindest wir. Ob es für jeden passend ist, kann ich nicht sagen. Das ist die subjektive Sicht, die wir haben. Die Gefahr besteht natürlich, dass ich im Wettbewerb, weil ich zum Beispiel 23 da betreuen muss und 22 da und ich muss die Herrschaften nach 6 Monaten aus dem Projekt hinausschmeißen, obwohl ich weiß, hätte der noch drei Monate, hätten wir die Chance, das und das weiterzuentwickeln, die Situation zu stabilisieren. Aber ich muss um auch irgendein Arbeitsmarktprojekt leisten zu können, mich haargenau dem stellen und muss dem genügen. Natürlich ist das sehr sehr schwierig. Wir haben vielleicht den Vorteil, dass wir durch unsere Nachbarschaftszentren über die Gemeinwesenarbeit, diese noch nicht so reglementierte Form der Sozialarbeit etwas bewegen zu können, was ich in den anderen sehr abhängig

Projekten nicht tun kann. Über das retten wir uns, muss ich ehrlich sagen. Ich habe 220 000 Besucher letztes Jahr gehabt! So gesehen ist das etwas, was ich als Forderung aufstelle, dass Soziale Arbeit wesentlich mehr im Gemeinwesen schon im Vorfeld arbeiten müsste. Dann wären viele Probleme a. früher zu finden und B gäbe es eine breitere Palette an Lösungsansätzen, die nicht so sehr an gewissen Zahlennormen angehängt sind, wie es jetzt der Fall ist.

Elisabeth Hammer: Danke einmal. Tanja, du warst lange Jahre in einem großen Verein tätig. Wir haben gerade die Frage von Wettbewerb im Sozialen gehört und dass das womöglich auch Fachlichkeit in Frage stellt. Es gibt auch – ich sage jetzt mal, auch durchaus positiv - Platzhirschen in Wien, die ein Feld sehr gut besetzen, wo von Wettbewerb nicht so die Rede ist. Ich habe dich ein paar Mal schnaufen gehört. Du hast jetzt die Chance, dir Luft zu machen. Was liegt dir denn so am Herzen?

Tanja Wehsely: Mir liegt immer schon Sozialarbeit und Politik am Herzen. Für mich war Sozialarbeit lange Zeit Politik. Nach meinem Verständnis ist Sozialarbeit auch eine politische Disziplin. Ich habe das nie anders gesehen. Ich habe kurz nach Roland [Fürst] 1995 hier auf der Bundesakademie für Sozialarbeit mein Studium absolviert. Ich habe mich genauso wie Roland gegen die Psychotherapiewelle gewehrt. Ich habe nie verstanden, warum SozialarbeiterInnen glauben, sie brauchen eine weitere Profession, die besser ist oder wie auch immer. Was ich immer als eine Notwendigkeit für die Sozialarbeit gesehen habe, ist aber die Öffentlichkeitsarbeit, ist die Medienarbeit und nicht zu letzt auch die Politikberatung, wie es Monika [Vyslouzil] schon gesagt hat und das Lobbying. Ich habe das genauso nie voneinander trennen können, die Sozialarbeit und die politische Arbeit. Das ist für mich immanent. Ich sehe nicht, wie Sozialarbeit ohne politische Arbeit gehen kann und auch umgekehrt. Ich denke mir, Sozialarbeit ist ein Teil von Sozialpolitik ist ein Teil von Politik. Ich habe und hatte auch nie ein diffuses Bild von Sozialarbeit, denn das ist mein Bild: Sozialarbeit ist Teil des Policymaking und wenn das nicht als solches betrachtet wird, dann liegt das im Auge des Betrachters, aber jetzt als Sozialarbeiterin gesprochen, kann uns das weitestgehend egal sein. Wir müssen es machen und wir müssen auch Öffentlichkeitsarbeit machen, wir müssen auch in Diskurse treten. Ich bin mir auch nicht sicher, ob wir schon in so vielen Diskursen sind. Die Frage ist, sind sie zielführend? Worüber führen wir die Diskurse? Ich meine, da sitzt die Judith vom ÖBDS, wir reden von Plattformen bilden, usw. Sie hat es selbst noch nicht gemacht, ich werbe für Beitritt! Der ÖBDS, der WBDS ist die Vertretung für SozialarbeiterInnen. Ich bin schon während meines Studiums beigetreten, habe mich auch lange Zeit nicht persönlich engagiert, habe aber wenigstens bezahlt dafür, dass sich andere dafür engagieren können. Das wäre für ich etwas, wo man organisiert ist, wo man organisiert sein kann, wo man mitmachen kann, wenn man mit drinnen und mit dabei ist, auch etwas gestalten kann, weil darum geht es auch: mit dabei zu sein, mit drinnen zu sein und mit zu machen. Ob immer alles leinwand ist und super, sei dahingestellt. Ich sage garnicht, dass das so ist. Sicherlich nicht. Nur man kann nur mitgestalten, wenn man dabei ist und wenn es einen interessiert und genau so wie sich Politik definitiv Sozialarbeit und allem was da dran hängt, natürlich die Klientinnen, natürlich die Betroffenen, die Einrichtungen, usw. zu interessieren hat - eine Bringschuld – ist es aber definitiv auch von der Sozialarbeit nötig, sich auch für die Politik zu interessieren und dabei auch für die Politikwerdung. Ich sehe das vielmehr, als dass man vorurteilsfrei auf einander zugehen soll – und da spreche ich auch keine Seite frei, nicht die Politik und nicht die Sozialarbeit – die einen sind machtgeil in den Augen der Betrachter, die andern tun immer nur jammern. Es gibt so viele Vorurteile und so viele gegenseitige Zuschreibungen, wie denn wer und welche Gruppe sei. Ich habe mir damit immer schwer getan. Ich habe das so nie gesehen. Vielleicht komme ich auch aus einem untypischen Bereich der Sozialarbeit, die Jugendarbeit. Die Wiener Jugendarbeit ist definitiv, auch im Europakontext gesehen, sehr qualitativ hochwertig, sehr groß ausgebaut, hat auch sich selber, natürlich im Diskurs mit der Politik selbstbewusst über die letzten 10-15 Jahre den Standard erarbeitet, mitreden zu können in Jugendanliegen. [...] viel Gemeinwesenarbeit auch, so wie wir vorher gehört haben, im Vorfeld sozialräumlich orientiert, in den Strukturen der Stadt und der Bezirke zu arbeiten, sich dort auch vor Ort einzubringen, Sachen zu

fordern, aber sich auch als Beratung mit Alternativen – Stichwort Dokumentation, Vorschläge, Konzepte, usw einzubringen. In diesem Bereich sehe ich uns - Jugendarbeit sehr gut aufgestellt, sehe auch nicht wirklich eine Bedrohung, ein Zurückfahren oder sonstiges. Ich werde mich auf jeden Fall sehr einsetzen. Ich glaub ein vorurteilsfreieres Aufeinanderzugehen, Miteinanderreden, die Logik der anderen verstehen wollen, sich dafür zu interessieren, auch wenn einmal die Zeit knapp ist und man nicht die Zeit hat, 2 Stunden zu verweilen und zu zuhören, da richtig ran zu gehen. Ich denke mir, das wäre ein Vorhaben sowohl für die Politik als auch für die Sozialarbeit, dass man sich für einander interessiert und auch weiß, dass man von einander abhängig ist.

Josef Bakic: Ich muss jetzt ein bisschen ketzerisch werden. Der Punkt ist, es war jetzt sehr viel Harmonie, sehr viel Klärung da. Es gibt Bereiche, wie in GWA-orientierten Nachbarschaftszentren, wo es gut funktioniert, weil man da seine Nische hat, die man gut verteidigen kann. Dann gibt es das Vorzeigemodell der Wiener Jugendarbeit. Vorher haben wir von Sozialarbeitern aus sozialökonomischen Betrieben vom Tarnen und Täuschen gehört. Das wäre auch eine gute Unterrichtseinheit für Studiengänge der Sozialen Arbeit, dass man sich nicht zu weit aus dem Fenster lehnt, sonst wird einem eine Finanzierung abgedreht und dass man nicht alles anspricht, beziehungsweise Wohlverhalten mit Politik üben, lernen muss und sich einfügen muss und eigentlich gibt es aktuell das große Thema der Ökonomisierung des Sozialen, der Ökonomisierung der Sozialarbeit in jeder Hinsicht, was mir die Frage stellt, brauchen wir die Sozialarbeit überhaupt noch? Ich habe einmal ketzerisch die These aufgestellt: Die Sozialarbeit ist sowieso schon tot, zumindest die Sozialarbeit, die wir in den letzten 10-15 Jahren noch im Kopf hatten. Alles ändert sich. Die Ausbildungen werden neu. Wir werden marktförmiger gemacht. Durch die Modularisierung werden wir alle flexibler und schneller zugänglich für die verschiedensten Bereiche. Aber ist es wirklich so, dass das alles zum jammern ist? Sind diese aktuellen Ökonomisierungstendenzen, diese gesellschaftlichen Strukturveränderungen tatsächlich so ein Graus für die Sozialarbeit oder ist es einfach ein Grund um zu jammern? Da würde mich interessieren, wie das Publikum das sieht. Wie erleben sie denn in ihrer Praxis die aktuellen Ökonomisierungstendenzen, die aktuellen gesellschaftlichen Strukturveränderungen?

Senad Lacovic (P): Ich arbeite im Jugendbildungszentrum der Volkshochschule Ottakring. Ich betreue dort Hauptschulabschlusslehrgänge für Jugendliche.

Ich beurteile die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit, wie der Großteil hier im Raum, sehr negativ, auch weil der Druck wächst. Ich habe mich eigentlich zu Wort gemeldet, um etwas anderes in die Diskussion einzubringen, weil das schon beim letzten Mal nicht diskutiert worden ist und jetzt wieder nicht diskutiert wird, dass es nämlich in der Öffentlichkeitsarbeit von Sozialarbeit auch sehr oft darum geht, sich gegeneinander auszuspielen. Das heißt je schwächer der Zusammenschluss von uns SozialarbeiterInnen oder in einem konkreten Bereich ist, desto mehr pochen einzelne Projekte darauf, wie toll sie sind, präsentieren den Medien, der Politik, wie toll ihr Projekt ist, dass doch ihr Projekt weiter gefördert werden muss und lassen andere Projekte links liegen. Das ist im Hauptschulabschlussbereich in Wien genauso wie in ganz vielen anderen Bereichen. Ich denke mir, wenn wir darüber reden, wie sich Sozialarbeit in Politik einmischen kann, wie Sozialarbeit Öffentlichkeitsarbeit machen kann, dann muss man diesen Punkt, den ich in allen Organisationen erlebt habe, der meiner Meinung nach Realität ist, auch mitdiskutieren.

Elisabeth Hammer: Also es gibt doch ein Stück Konkurrenz auch zwischen sozialen Vereinen.

Franz Sedlak (P): Nur ein kurzes Statement bezüglich der Verbetriebswirtschaftlichung der Sozialarbeit und der sozialökonomischen Projekte, die mir gerade einfallen: Es ist natürlich ein Argument seitens des AMS, dass sozialökonomische Projekte sehr teuer sind. Die andere Seite ist aber, wenn wir das auf eine nächste Ebene heben und sagen: Was kosten uns erstens einmal Arbeitslosigkeit, was kostet uns Dequalifizierung einer großen Gruppe von Personen, was bedeutet das gesundheitspolitisch und – auch noch – was kosten uns die

vielen vielen Kursmaßnahmen, die aufgesetzt werden und nicht billig sind? Da frage ich mich natürlich, wenn man das einmal gegenverrechnet, könnte man sagen, viele Projekte und andere Tätigkeiten sind betriebs- und auch volkswirtschaftlich ganz gut. Nur, wenn ich sie immer nur als Einzelprojekt sehe und sie nie mit etwas anderem vergleiche, dann ist das eine große Gefahr.

Ursula Heindl (P): Ich bin Arbeitsassistentin für blinde und hochgradig sehbehinderte Menschen in Niederösterreich. Das ist ein Projekt, das vom Bundessozialamt, vom AMS und vom Land Niederösterreich gefördert wird, das heißt, ich habe im Prinzip drei Chefs. Mein Projektträger ist der Blindenverband, der kommt dann auch noch dazu. Und die Aufgabe ist es diese Zielgruppe in Niederösterreich am ersten Arbeitsmarkt zu behalten oder zu vermitteln. Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitsassistent muss pro Jahr 15 Leute entweder am Arbeitsplatz behalten oder vermitteln. Das ist die Quote. Ich bin mit 30 Stunden beschäftigt, das heißt, ich habe das für 11 Personen zu erledigen. Der Erfolg wird rein an dieser Quote gemessen, egal ob sich diese Leute dort wohl fühlen oder nicht. Das heißt, ich habe auch einen gewissen Druck auszuüben, weil mein Projekt davon abhängt, dass diese Quote weiter erfüllt wird. Berechnet wird das im Bundessozialamt so, dass man sagt: Die Projektkosten sind so, die dividiert man durch meine Quote und wenn das eine gewissen Summe überschreitet, ist das schlecht. Unabhängig davon, ob ich 11, 8 oder 9 Leute vermittelt habe. Ich bin nicht mehr im Rahmen. Und bei uns schaut es derzeit so aus, dass man sich überlegt, ob man uns auf Werkvertragsbasis anstellt. Das heißt, dass wir keinen Projektvertrag mehr bekommen, sondern dass man schaut wie viele Leute wir wirklich vermitteln pro Jahr und dann werden wir nach Quote bezahlt. Das ist die Entwicklung. Zur Konkurrenz möchte ich auch etwas sagen: Da hat es eine Veranstaltung gegeben, vom Bundessozialamt Niederösterreich mitorganisiert und da gab es eine Diskussion – Konkurrenz – ja oder nein? und da hat damals die Dame vom Bundessozialamt gesagt: Konkurrenz kann nicht sein, es gibt Arbeitsassistenten für Gehörlose, für Körperbehinderte, für Sehbehinderte, ihr könnt euch ja gar nicht in die Quere kommen. Dass es nur einen Arbeitsmarkt gibt und dass sich alle um einen Arbeitsmarkt keilen und wir quasi sagen müssen: Nehmens einen Blinden, weil die Gehörlosen, die können das nicht und das nicht und dass wir die Gruppen untereinander ausspielen müssen, damit der meinen Klienten nimmt, das ist ein ziemlich großer Druck und das lässt mich zu dem Gedanken kommen, dass Arbeitsassistenten in der Form keine Zukunft hat.

Publikum 3: Zur Ökonomisierung: Ich glaube nicht, dass die Sozialarbeit der einzige Arbeitsbereich ist, der davon betroffen ist, sondern das geht quer durch die ganze Gesellschaft. Insofern soll, vielleicht im Zuge von Vernetzungs- und Stimme-erheben-Gedanken auch angedacht werden, dass die Sozialarbeiter nicht für sich alleine kämpfen sollen oder dass es vielleicht ein – ich nenne es jetzt vielleicht ein bisschen hochtrabend – ein gegenhegemoniales Projekt braucht, um neoliberale Ökonomisierungsdiskurse zu durchbrechen. Eine andere Sache, die mir vorher durch den Kopf gegangen ist: Es gibt im Bereich der Sozialarbeit ein eigenartiges Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und ArbeitgeberInnen. Da sind die Sozialarbeiter, die mehr machen wollen, die lauter aufschreien wollen, aber da ist so eine eigenartige solidarische Stimmung zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen, die es in anderen Arbeitsbereichen nicht gibt. Wie wir gestern in der Podiumsdiskussion in einem Redebeitrag gehört haben, ist der Organisationsgrad bei den SozialarbeiterInnen sehr gering, es gibt verschiedene zuständige Gewerkschaften. Vielleicht ist das ein Bereich, über den man sich Gedanken machen sollte.

Andreas Schmid (P): Eine Stellungnahme dazu: Ich glaube, die Sozialarbeit ist nicht homogen. Viele SozialarbeiterInnen vollführen diese Aufträge mit vollster Zufriedenheit und mit Freude und tragen der Weiterentwicklung bei. Das nur als Detail dazu. DIE Sozialarbeit, die jetzt entrüstet ist über Ökonomisierungstendenzen beispielsweise, die gibt es nicht. Es gibt Sozialarbeiter, die sehen das so und es gibt andere, die sind ganz froh. Die sind dann keine Sozialarbeiter, sondern Casemanager oder Clearer usw. Auch das ist heterogen.

Elisabeth Hammer: Christine, ich möchte noch einmal zurück auf diesen Fall aus Niederösterreich. Ist das ein Einzelbeispiel? Prekarisierte Arbeitsbedingungen für die sozialen ProfessionistInnen, für die SozialarbeiterInnen, andererseits verschlechterte Bedingungen für unsere KlientInnen um Fuss zu fassen, wieder Teil zu haben an der Gesellschaft. Vielleicht möchtest du etwas dazu sagen?

Christine Reiterlechner: Das erinnert mich an eine ganz andere Ebene. Konzernmanager bekommen Prämien, wenn sie Personal abbauen oder werden am Gewinn beteiligt, nicht dass mir die jetzt leid tun, aber diese verschiedenen Druckebenen, die gehen da auch hinauf, mit natürlich ärgeren Auswirkungen auf die Gesellschaft. Die Gewinne steigen und Personal wird abgebaut. Also das ist sozusagen eine gesellschaftliche Tendenz, die nicht nur die Sozialarbeiter betrifft. Dass Arbeitsbedingungen schlechter werden, kann man beobachten. Es werden sehr viele Leute abgebaut, es gibt weniger Personal für die selbe Arbeit, das heißt, einer macht die Arbeit, die vorher drei gemacht haben und die, die nicht so fit sind, fallen einfach raus. Es war früher auch nicht leicht, aber es war einfacher. Es hat in großen Unternehmen immer wieder auch Leute gegeben, die nicht permanent Spitzenleistungen erbracht haben und auch dort untergekommen sind, nicht nur im öffentlichen Bereich, auch in privaten Unternehmen und das hat sehr stark abgenommen. Ich halte dieses Ziel, die Klienten auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubekommen für ein gutes und ich finde auch, man sollte nicht vier Arbeitsmärkte mit unterschiedlicher Bewertung und verschiedener Bezahlung haben, sondern man sollte einen Arbeitsmarkt haben, wo alle unterkommen, aber unter den momentanen Bedingungen halte ich das für unrealistisch. Da gehören ja zwei dazu: die SozialarbeiterIn und die KlientIn und der Arbeitsmarkt. Diese Beeinflussung des Arbeitsmarkts und der Gesamtwirtschaft ist natürlich eine Ebene abstrakter als die Beeinflussung des eigenen Klienten oder der eigenen Organisation. Nichtsdestotrotz muss man das im Blick haben und sollte auch etwas unternehmen und wieder die Stimme erheben, denn ich finde diese Entwicklung ist zu nichts gut! Wenn man beim Elefantenbild bleibt: Der Käfig wird immer enger, nicht nur für die Sozialarbeiter, was den eigenen Job betrifft und was die Möglichkeiten für ihre Klienten betrifft. Ich habe mir 3 Thesen überlegt für heute: Die eine ist: Große Konzerne übernehmen immer weniger soziale Verantwortung. Das heißt, sie bauen Personal ab, sie verlangen Spitzenleistungen, die nur wenige erbringen können, wollen überhaupt nur mehr so eine Spitzensportlercrew in ihren Personalständen haben. Andererseits zahlen sie immer weniger Steuern. Dazu kann ich jetzt keine Zahlen nennen, aber durch Steueroasen, durch verrechnungstechnische Spielräume. Zur Illustration: Seit 2000 sind die Lohnsteuern in Österreich um 22 % gestiegen, die Gewinnsteuern um 2 % gesunken. Das heißt, wenn die Gewinnsteuern, sprich Steuern von Kapitalgesellschaften so stark gestiegen wären, wie die Lohnsteuern, nämlich um 22% und nicht um 2% gesunken, dann könnte man sich vorstellen, um wieviel besser die öffentlichen Budgets da stehen würden, nur mit diesen Gewinnsteuern. Die Gewinne steigen enorm, das kann man auch beobachten, aber die Steuerleistung dieser Unternehmen nimmt immer mehr ab. Was ich hier rüberbringen möchte, ist, dass die Unternehmen einerseits weniger Leute beschäftigen - zu schlechteren Bedingungen, andererseits natürlich damit Erfolg haben, denn wir definieren den Erfolg durch den Gewinn - dadurch steigt der Gewinn, das heißt, sie haben aus ihrer Sicht Erfolg. Jetzt kann man sagen, man will das nicht, man will andere Unternehmen - schwer zu beeinflussen - aber was man zumindest sagen kann, dass man doch bitte wenigsten Steuern von ihnen verlangt. Das kann man machen, durch Steueroasen schließen, auch in Österreich, weil wir sind eigentlich auch eine Steueroase. Wir sind bei den Einnahmen aus Gewinnsteuern an vorletzter Stelle in Europa. Hinter uns kommt eigentlich nur noch die BRD. Wir haben bei den Gewinnsteuern 4,5%, die USA haben zum Beispiel 10% der Einnahmen aus Gewinnsteuer.

Auf der anderen Seite wird gesagt, die öffentlichen Hände sollen sparen. Es scheint überhaupt die höchste Pflicht des Staats zu sein, einzusparen, Budget zu sanieren, möglichst wenig auszugeben und vor allem im Sozialbereich. Es sagt ja niemand, der Staat soll keine Autobahnen bauen. Man sagt, man soll im Sozialbereich sparen. Das heißt, wo es weniger Einnahmen gibt, soll gespart werden und wo soll gespart werden? Im Sozialbereich. Das wird noch konstatiert durch eine mediale Demontage des Sozialstaates. Der Sozialstaat,

der Wohlfahrtsstaat ist breite Absicherung und nicht Armenpflege. Und letztlich führt es zur Armenpflege, wenn man es konsequent weiterdenkt. Oder so Unwörter, wie Sozialschmarotzer – der [...] hat schon 1990 eine Diplomarbeit geschrieben, in der er untersucht hat, dass dieses Wort Mitte der Achzigerjahre zum ersten Mal aufschien – in den Siebzigerjahren wäre so ein Wort überhaupt nicht verwendbar gewesen! Das wäre unmöglich gewesen, hätte man nicht sagen können. Und das ist jetzt im allgemeinen Sprachgebrauch. Solche Dinge sollte man sich auch überlegen, welche Wörter verwende ich und wie kann ich dagegen wirken. Begriffsbildung ist auch Politik.

Eva Turner (P): Ich bin seit 30 Jahren Psychotherapeutin und bin im Sozialbereich tätig und ich schätze die Sozialarbeiter sehr. Ich finde es interessant, jetzt so im Zuge dieser Diskussion zu schauen, wo sind die Bilder der Konkurrenz, Abwertung, Misstrauen. Es gibt verschiedenste Arten, Richtungen von Psychotherapie, da gibt es den individuellen Blick, den systemischen Blick, usw. Ich versuche jemanden, der ein Trauma erlebt hat, individuell zu helfen, aber auch sich und die Zusammenhänge in der kleinen, großen Welt zu sehen und ich fände es gut zu schauen, wie die zwei Gruppen in gute Kooperation im Sinne sozialpolitischer Arbeit gelangen.

Elisabeth Hammer: Es geht immer mehr in die Richtung, welchen Sozialstaat wollen wir, welche können wir haben. Die Christine hat von einer medialen Demontage des Sozialstaates gesprochen. Gestern hat sich Minister Buchinger abgegrenzt, einerseits gegen einen Charity-Staat, andererseits gegen einen Kriminalstaat. Was ist zu erwarten von der Sozialstaatlichkeit?

Hans Steiner: Ein große Frage! (lacht) Zunächst einmal zum Elefantenbild: Ich hoffe, ich bin nicht als Elefant im Porzellanladen eingeladen worden, der so zarte Pflänzchen der Sozialarbeit als Instanz der Verwaltung zerstören will.

Ja, was ist vom Sozialstaat zu erwarten? Ich glaube, generell hat es auch in den letzten 10 Jahren, in denen so viel von Sozialdemontage geredet worden ist und bei individuellen Leistungen sehr wohl Kürzungen durchgeführt worden sind, generell weiter ein Wachstum des Sozialstaates gegeben. Das sieht man an der Sozialquote. In Österreich werden 30 % der gesamten wirtschaftlichen Wertschöpfung in Sozialleistungen umverteilt und die Sozialquote, egal welche Regierung es gegeben hat, ist in den letzten Jahren gestiegen. Ich glaube auch, die Sozialquote wird weiter steigen und gerade weil sie weiter steigen wird, wird der Zwang auf einzelne Sozialleistungen immer größer werden. Das heißt, es gibt einerseits den Trend bei den Sozialdiensten durch die stärkere Ökonomisierung, Kontrolle, bei einzelnen Sozialleistungen, dass sie reduziert werden. Generell wird es aber immer mehr Sozialleistungen und Sozialleistungsbezieher geben. Das hängt zum Teil mit der demographischen Entwicklung zusammen – vor allem mit der demographischen Entwicklung, aber es hängt auch damit zusammen, dass gewisse Folgekosten der Stärkeren, der Globalisierung, des Konkurrenzdrucks auf den Sozialstaat übertragen werden und diese Leistungen zu tätigen sind.

Ich möchte jetzt eine Sache noch ansprechen. Das ist ja die Grundfrage, glaube ich, von der Tagung: Wie soll es mit der Sozialarbeit weitergehen oder was ist das Bild der Sozialarbeit? Ich weiß nicht, ob ich ganz richtig liege, ich kenne mich nicht genau aus, wie die Sozialarbeiter beruflich verankert sind, aber ich würde annehmen, dass die überwiegende Mehrheit der Sozialarbeiter in Bereichen tätig ist, in denen die Personen schon so marginalisiert sind, höchstens eine Linderung der Situation möglich ist, aber eine wirkliche Eingliederung oder eine wirkliche Verbesserung der Teilhabechancen kaum mehr möglich ist. Ich glaube, dass Sozialarbeit jetzt vor allem als Notreparatur eingesetzt wird. Da, glaube ich, könnte die Zukunft der Sozialarbeit liegen, dass sie eher im präventiven Bereich tätig ist. Präventiven Bereich in diesem Sinn – vielleicht eine Binsenweisheit: Die wesentlichsten Ursachen von Armutsgefährdung und sozialer Ausgrenzung sind das Bildungssystem und die Beschäftigung - die Möglichkeit, wie man im Bildungssystem reüssiert und die Chancen in die Beschäftigung rein zu kommen, beziehungsweise welche Risiken bestehen aus der Beschäftigung rauszufliegen oder welche Position kann man im Beschäftigungssystem

einnehmen. Meiner Meinung nach, meiner Kenntnisnahme nach ist Sozialarbeit in diesen Bereichen nur sehr geringfügig vorhanden. Sie ist im formalen Bildungssystem fast überhaupt nicht verankert und was das Beschäftigungssystem betrifft, vor allem was Karl [Öllinger] vorher gesagt hat, im 2. Arbeitsmarkt. [...] Aber ich glaube, es gäbe genügend Möglichkeiten für Sozialarbeit, präventiv in der Weise tätig zu sein, zum Beispiel Leute, die gefährdet sind - auch aus sozialen Gründen - in stärkeren Ausmaß gekündigt zu werden als andere, dass gewisse Hilfsangebote formuliert werden können, dass Organisationsformen entwickelt werden, wo Sozialarbeiter angestellt sind um praktisch in Form eines Frühwarnsystems in dieser Hinsicht tätig zu sein. Das gleiche gilt meiner Meinung nach auch im Bildungssystem, von diesen bekannten 10 % von Jugendlichen, bei denen schon vorgezeichnet ist, wie ihre spätere Lebenskarriere sein wird.

Marc Diebäcker: Zum ersten zur Sozialquote: Soweit ich die Zahlen im Kopf habe, ist sie relativ stabil die letzten 10-12 Jahre zwischen 27 und 29 – mal rauf mal runter.

Karl Öllinger: zwischen 25 und 30.

Marc Diebäcker: Ok, aber die Anstiegquote ist nicht mehr die aus den Siebziger-Achzigerjahren. Also insofern könnte man eventuell schon von Stagnation reden. Also ich habe mir die von den letzten 10 Jahre angesehen und da war sie zwischen 27 und 29 und ich glaube, dass es eher um eine Stagnation des Sozialstaates geht und nicht, dass er wächst. Zum zweiten finde ich schön, wenn Sozialarbeit präventiv tätig sein kann. Ich glaube nur, im Augenblick ist ja eher durch die Ökonomisierung, durch Ressourcenmangel die Tendenz, dass es zur Ausschlussverwaltung kommt, zu Clearingprozessen, die heute schon angesprochen worden sind. Das heißt, dass man immer weniger Ressourcen hat, dass man sich entscheiden muss, welche KlientInnen man überhaupt noch betreut, noch berät und die anderen kommen garnicht mehr an die Reihe, die sollen selbst schauen, wie sie klar kommen. Ich hätte gerne, dass Sozialarbeit wieder präventiver tätig ist, aber im Augenblick habe ich das Gefühl, es geht in Richtung Ausschlussverwaltung und das ist für eine ethisch-moralische Profession – da gibt es ja Ansätze, international, Ethikcode - eine haarige Entwicklung, der wir uns stellen müssen. Ein Problem, das ich sehe, ist diese enge Verflechtung zwischen sozialen Organisationen und Staat, Politik und Verwaltung. Gestern haben wir schon darüber diskutiert. Ich glaube, dass durch die Ökonomisierung, also Leistungsverträge, Tagsätze, Vertragsklauseln es zu größeren Abhängigkeiten kommt, auch wenn man nicht ausgegliedert wird. Der Wettbewerb findet auch in der Stadt Wien statt, wenn der FSW gegründet wird, dass jetzt vielleicht die einen oder anderen Institutionen miteinander konkurrieren – da ist Druck genug auf die einzelnen Organisationen da! Und eigentlich hat man kaum noch Ressourcen für Sozialarbeit, für KlientInnenarbeit, gleichzeitig soll man auch noch Platz haben für politisches Engagement, für gesetzliche Arbeit, für Öffentlichkeitsarbeit, etc. Also eigentlich müsste die Profession so politisch sein wie noch nie, gleichzeitig hat sie die schlechtesten Startchancen. Gerade das finde ich interessant zu lösen, wenn es überhaupt zu lösen ist. Der Schuh drückt! Was man innerhalb der Organisation auch feststellt - von Fallstudien her, auch in breiteren Studien kommt heraus, dass auch diese Verbetriebswirtschaftlichung unheimlich in jene Organisation eingedrungen ist. Es ist oft so, dass strategische Positionen oben schon Betriebswirte besetzen, die strategische Funktionen übernehmen, auch die Öffentlichkeitsarbeit. Die schaffen keine kritische Öffentlichkeit, sondern eine, die passt, um seinen Auftraggeber nicht zu sehr zu ärgert. Insofern denke ich mir, es gibt einige Beispiele, dass Hierarchisierung stattfindet. Das heißt, dass Sozialarbeiter, die unten arbeiten eigentlich garnicht mehr zu ihrem Management gut kommunizieren können, die Zeit ist zu knapp und man wird nicht gehört oder die strategischen Positionen sind nicht wirklich klar. Warum macht das Management das eigentlich gerade? Ich denke mir, die einzige Lösung ist, sich innerhalb seiner Organisation zu wehren, dass nicht dauernd neue Ebenen eingezogen werden, also immer eine Fokussierung auf einzelne Leute, einzelne Manager, die alles entscheiden oder vermitteln oder nach außen transportieren. Das ist für mich eine Entpolitisierung, die hier stattfindet. Ich bin aber auch der Meinung, dass diese Ökonomie, wenn sie auf die Fachlichkeit trifft und

längst in der Organisation ist, dass sie der Fachlichkeit nicht gut tut. Der Josef [Bakic] hat vorhin gesagt, es gibt keine Fachlichkeit mehr, weil die Ökonomie inzwischen so dominant ist. Ich glaube, es braucht in diesem Spannungsfeld zwischen sozialen Organisationen und Staat Fachbeiräte oder eine Fachkommission - das fiel auch heute im Workshop – die aus diesen engen abhängigen Auftragsverhältnissen heraus einmal wirklich auf das Fachliche schauen und nicht auf das Betriebswirtschaftliche, damit die Qualität der Sozialen Arbeit wieder viel mehr in den Mittelpunkt gerückt ist. Das wäre mir wichtig. Ich merke das im Wettbewerbsverfahren, also Ausschreibung, Vergabesystem. Da sitzen in der Regel Vertreter der Verwaltung und der Politik, dann kommen gelegentlich zwei Fachexperten dazu, wenn die Sache zu heiß wird, werden die wieder ausgeladen und dürfen im zweiten Teil der Kommission nicht mehr teilhaben und da passiert eine administrativ-politische Entscheidung und keine fachliche mehr.

Roland Fürst: Nur ganz kurz: Ich versuche nicht vorzugreifen, aber wir sind jetzt, glaube ich, in der zweiten Hälfte. Mir fällt das trotzdem ein bisschen schwer zu versuchen, auch in die Zukunft zu blicken: Ich glaube, das ist ganz wichtig und was der Marc [Diebäcker] gesagt hat, war auch ganz wichtig. Staub-Bernasconi, die Säulenheilige der Sozialarbeitswissenschaft hat gesagt, dass sich Sozialarbeit zu sehr auf der Mikroebene festnageln lässt. Das heißt übersetzt, uns sieht man gerne am Klienten und da sind wir gut aufgehoben. Alles weitere sollen wir zwar rückmelden – das ist gut - aber viel mehr ist da nicht mehr los. Sozialarbeit funktioniert auch auf der Sollbruchstelle. Dort, wo ein System nicht mehr funktioniert, bricht es trotzdem nicht, weil die KollegInnen mit viel Fachlichkeit und viel Engagement dieses System aufrecht erhalten. Ich glaube, wir werden in Zukunft immer mehr mit Sollbruchstellen konfrontiert werden – Jugendwohlfahrt am Land, zum Beispiel – da werden wir, glaube ich, in Zukunft noch sehr viel hören, wo das System einfach nicht mehr funktioniert. Das war ein Punkt. Der zweite Punkt endet ein bisschen mit einem Vorwurf und vielleicht kommen wir ein bisschen ins Diskutieren: Meine Erfahrungen, als jemand, der lange Zeit in einer großen Organisation tätig war, als Sozialarbeiter auf der Mikroebene, mit 30 und mehr Klienten im südlichen Niederösterreich, aber auch jemand, der im Vorzimmer gesessen ist, in einem Soziallandesrat, wo viele Geschäftsführer großer sozialer Organisationen aus und ein gegangen sind, da wollen wir uns auf der Mikroebene nichts mehr vormachen lassen, da wird sehr wohl benutzt. Also die Politik wird von unseren Chefs benutzt um ihre Dinge durchzubringen. Stichwörter Zertifizierungswahn in den Neunzigerjahren, Überbürdung mit Dokumentation. Ich bin auch für Dokumentation, wenn sie effektiv geschieht, ich glaube, da kann jeder ein Lied singen, jetzt sind wir gottseidank wieder dort, dass wir Zeit für die Klienten haben, aber trotzdem gut dokumentieren. Der Vorwurf richtet sich ganz explizit und sehr pauschal - jeder kann sich da angesprochen fühlen oder nicht – an die oberen Ebenen im Sozialmanagement, dass die – mit einer hohen Verantwortung, das ist schon klar - aber teilweise befürchte ich und unterstelle ich, dass die den Druck, der da oben herrscht, meines Erachtens auch weitergeben, nicht immer direkt, aber mein Vorwurf lautet, dass damit auch gespielt wird und der ganz bewusst eingesetzt wird. Ich denke da an das Stichwort Regierungsbildung 1999/2000. Da ist uns lange vermittelt worden, wir dürfen nichts sagen, sonst sind wir weg, usw. Und ich glaube, so ist es vielen gegangen und wir sind noch alle da. Ob es im Nachhinein eine positive oder negative Bilanz gibt, das wird sich irgendwann vielleicht einmal weisen.

Karl Öllinger: Wenn ich etwas dazu sagen darf, vor allem zu dem, was du gesagt hast. Das wäre ein dringender Appell, bitte lasst euch die Begriffe nicht auch noch wegnehmen! Es ist jetzt etliche Male von der Ökonomisierung der Sozialarbeit geredet worden, und das legt immerhin die Vorstellung nahe, dass es eine Periode in der Sozialarbeit gegeben hat, wo die Ökonomie überhaupt keine Rolle gespielt hat. Das glaube ich nicht. Soweit habe ich die Verhältnisse schon damals gekannt, dass ich weiß, da ist sehr wohl – ob ausreichend oder nicht – mit Kostensätzen gearbeitet worden. ABER es hat vielleicht – und wahrscheinlich ist das der Unterschied und darum bin ich für die Begriffverdeutlichung dankbar, aber es ist ein unmöglicher Begriff – es hat vielleicht weniger die betriebswirtschaftliche Ebene alleine so eine Rolle gespielt. Jetzt ist, wenn man so will, das einzelwirtschaftliche Denken in der

Sozialarbeit und jedem Betrieb tief verankert und bestimmt alles, bis zur letzten Faser, von der Auftragsvergabe bis nach unten und was die Konsequenz ist, und das finde ich das problematische und darum bin ich sehr dankbar für das, was du gesagt hast, ist dass sich das Verhältnis zwischen der Politik und der Sozialarbeit dadurch vollkommen verändert. Das eine sind die Kunden, die Aufträge bekommen, die sich möglicherweise auch als Auftragnehmer sehen. Menschen müssen mit privaten Auftragnehmern, die ebenfalls, vor allem im AMS Bereich sozusagen dastehen und ebenfalls anbieten. Da fällt eine Ebene vollkommen weg in dieser neuen Beziehung, die es früher schon etwas mehr gegeben hat und ich möchte es aber nicht auf die Beziehung, die es in Wien gibt reduzieren – rote Sozialpolitiker treffen rote Sozialarbeiter – solange die Ebene gestimmt hat, war immer alles in Ordnung - bitte nicht misszuverstehen - es gibt nicht mehr die direkte Beziehung zwischen der politischen Beratung, wie ihr es als Anspruch auch an die Sozialarbeit formuliert habt und der Politik. Die Politik ist jetzt der Auftraggeber, der sagt, betriebswirtschaftliche Kriterien entscheiden, warum wir den Auftrag dir oder dir oder dir geben. Und der Kunde, und das ist für mich sehr deutlich herausgekommen in den verschiedenen Strategien, die es gibt, wie man noch Aufträge halten kann, versucht noch für sich Vermeidungs-, Ergänzungsstrategien zu finden, wie er trotzdem noch zu diesem Auftrag kommt, obwohl er oder sie die Anforderungen eigentlich nicht erfüllen kann und erfüllen will, weil er ja dem Klienten noch verpflichtet ist. Aber alles ist in einem Graubereich und alles entspricht schon nicht mehr diesen Vorgaben. Von diesem Status ausgehend oder von diesem Befund ausgehend würde ich sagen, es ist dringend angesagt – noch etwas mehr, als du gesagt hast - sich hinein zu reklamieren in Fachbeiräte und Partizipation einzufordern. Obwohl das für eure Arbeit nur einen Teil ausmacht. Aber weil das Stichwort sozialökonomische Betriebe und der Zustand in sozialökonomischen Betrieben gerade gefallen ist: bei mir waren entsprechende Einrichtungen da und wir haben miteinander darüber gesprochen und ich habe gesagt, urgiert euch hinein in das AMS. Ihr müsst natürlich entscheiden, ob ihr das wollt, aber ich halte das für unerlässlich. Das AMS ist für einen bestimmten Teil der Sozialarbeit wichtig geworden. Obwohl dort wenig Sozialarbeit stattfindet.

Josef Bakic: Ich hab nur eine kurze Zwischenfrage: Ist die Politik wirklich noch Ansprechpartner für die Sozialarbeit? Wir reden viel von der Ökonomisierung der Sozialarbeit, aber meines Erachtens hat es die Politik auch getroffen. Ist die Politik überhaupt noch das, wofür sie steht, nämlich politische Willenserklärung und Willensdurchsetzung oder ist die Politik nicht selber schon ein sehr betriebswirtschaftlicher, nur mehr mit Zahlen agierender Körper, der eigentlich von sich aus garnicht mehr irgendwelche Punkte setzen möchte und dazu stehen möchte, sondern nur mehr betriebswirtschaftlich rechnen kann?

Karl Öllinger: Das ist schon ein harter Vorwurf und ich glaube, dass er nicht unbegründet ist, aber Politik besteht sozusagen nicht nur aus einer Politik. Es gibt verschiedene Politiken und man kann in einem eingeschränkten Ausmaß auch noch Auswahl treffen, als Kunde oder Konsument oder als BürgerIn - würde mir besser gefallen. Also DIE Politik gibt es nicht und um zurück zu kommen zur dem Beispiel Arbeitsmarktservice: Wer schreibt vor, dass das Arbeitsmarktservice von den Sozialpartnern zu verwalten ist? Ok, die haben – da habe ich schon dazugelernt - eine ganz wichtige Stellungnahme, aber das AMS legt großen Wert darauf, dass es kundenorientiert, klientenorientiert ist, dass es ein neues Verhältnis hat. Die Kunden kommen überhaupt nicht vor IM AMS. Da wird man sich auch, nachdem es um Arbeitslose geht, Hilfskonstruktionen bedienen müssen. Aber auch die Einrichtungen rund herum, die von den Aufträgen des AMS leben – die teilweise Sozialarbeit machen, teilweise etwas ganz anderes machen: warum kommen die im AMS nicht vor? Und auch in anderen Einrichtungen des öffentlichen Lebens ist das, was Sozialarbeit oder eine Komponente von Sozialarbeit immer war, nämlich politische Beratung nicht mehr vertreten, weil alles auf diese Beziehung zwischen Auftraggeber und Kunden reduziert ist. Und als Kunde alleine, der einen Auftrag erhält oder nicht erhält – kann ich mich schwer in die politische Beratung einbringen.

Marc Diebäcker: Nur ganz kurz: Ich würde den Trend schon sehen, dass eine Ökonomisierung des Politischen stattgefunden hat und eine Entpolitisierung des Sozialen. Wenn solche Instrumente eingesetzt werden, macht das die Verwaltung nicht alleine, wer hat sonst die Verantwortung? New Public Management, Auslagerungen, etc, diese Vertragsformen – das sind politische Entscheidungen, hoffe ich doch! Denn wer soll es sonst machen? Da kommt die Politik nicht gut raus. Zumindest die Politiker, die in der Regierung sind und die Entscheidungen treffen.

Elisabeth Hammer: Es geht schön langsam dem Ende zu und ich möchte auch noch einmal die Wege zur Zukunft betonen. Da war schon einiges angesprochen. Ich auch noch spezieller rückfragen. Was halten sie von mehr Fachbeiräten, mehr Partizipation von sozialen Organisationen bei der Mitgestaltung von Sozialpolitik?

Hans Steiner: Das halte ich für sehr wichtig, aber das klingt so banal, wenn ich sage, dass es wichtig ist, dass alle Akteure und da meine ich nicht nur die Sozialarbeit, es gibt viele andere Akteure, die bis jetzt auch viel zu wenig mitberücksichtigt worden sind, bei den Entscheidungsfindungsprozessen, bei der Vorbereitung miteinbezogen werden und dass man da sehr davon profitieren kann auch wenn es konfliktträchtig sein wird und wenn sich die Akteure wahrscheinlich nicht wahnsinnig viel erwarten können, dass dann ihre Meinungen auch in die Entscheidungen eingehen, aber die Entscheidungen können viel bessere werden oder viel bessere werden, wenn entsprechender Dialog mit denen stattgefunden hat, die eigentlich sehr gut wissen, um was es geht. Ich bin ja im Ministerium auch verantwortlich für diesen nationalen Aktionsplan Armut und da haben wir sicherlich sehr viel nachzuholen in dieser Richtung und hoffe, dass sich da einiges abspielen wird in der nächsten Zukunft.

Elisabeth Hammer: Das heißt, man kann in der Zukunft mehr erwarten, dass auch seitens des Ministeriums aktiver Gruppen einbezogen werden?

Hans Steiner: Ja.

Josef Bakic: Sie haben zuerst gesagt, dass sie etwas Angst haben, hier als Elefant herein zu kommen und dann die zarten Pflänzchen der Sozialarbeit zu zertreten. Ich bin froh, dass sie uns zumindest nicht als Unkraut sehen, dass ausgejätet gehört!

Publikum 4: Du hast zuerst mit der These zu provozieren versucht: Der Wettbewerb ist der Tod der Fachlichkeit. Ich denke mir, das ist ein einseitiges Bild. Wenn ich mir vorstelle wie bei uns, bei Neustart in der Bewährungshilfe Fallbesprechungen ablaufen, dann könnte man das auch als Wettbewerb der Ideen bezeichnen, wie verschiedene KollegInnen zu einer schwierigen Situation in der Fallarbeit sagen, was sie vorschlagen, was man tun könnte, überlegen könnte, anders machen könnte, bringen von irgendeiner Fortbildung neue Ideen, Gesprächstechnik, Intervention, etc. mit. Das findet ja laufend statt und das ist in gewissem Sinn eine sozialarbeiterische Optimierung von Interventionen. Das gibt es und das ist auch eine Qualität. Da entsteht aus diesem Wettbewerb der Ideen eine höhere Fachlichkeit. Du hast natürlich ein anderes Bild gehabt, als du das gesagt hast. Du hast vielleicht an das AMS gedacht, wie die Kurse ausgeschrieben wurden, ist noch vielerlei Beurteilung das Niveau inhaltlich gesunken, weil es einfach keine ausreichenden Standards gegeben hat. Aber ich will schon auch dieses andere Bild des Wettbewerbs, den wir nicht unter diesem Titel, aber de facto seit Jahren machen, einbringen, weil das ist auch eine Qualität, die darstellbar und plausibel zu machen ist den Auftraggebern, dass es dafür auch Rahmenbedingungen geben muss, dass dieser Wettbewerb der Ideen stattfinden kann und auch ausreichende Schulungen und Fortbildungen dafür Voraussetzungen sind.

Josef Bakic: Vielleicht könnte man auch sagen, argumentativer Austausch als fachliche Kultur, der nicht gleich Wettbewerb sein muss, aber gut. (lacht)

Michael Bockhorni (P): Ich unterrichte in der Fachhochschule St. Pölten und hier am Campus. Mir hat die Wendung gefallen, die die Diskussion zuletzt genommen hat, nämlich mit der Frage, ob die Politik wirklich noch die GestalterIn und damit AnsprechpartnerIn für die Sozialarbeit ist. Ich würde mich dem anschließen. Ich glaube, und da waren die Aussagen von der Frau Reiterlechner auch in die Richtung, dass der Wandel unter dem wir und unser Klientel zum Teil leiden, von der Wirtschaft ausgeht, mit ihrer zurückgehenden Steuerleistung – eben auch die Politik treffend und dass - wie gestern gesagt worden ist - die Herausforderung für die Sozialarbeit, so meine ich, der Dialog mit der Wirtschaft sein muss, um das Bild vom Wert des Sozialen und vom Wert der Sozialarbeit zu vermitteln. Eine Chance oder eine Perspektive, die ich sehe und die ich noch wenig im Kreis der Sozialarbeiter wahrgenommen sehe, ist, dass es Begegnungen und Projekte gibt – da gibt es verschiedene Namen – Brückenschlag, Schichtwechsel, in der Schweiz Seitenwechsel - wo Wirtschaft und soziale Einrichtungen zusammenarbeiten. das hat auch gestern die Dame von ZARA angesprochen [...], wo im Großen und Ganzen die Wirtschaft, also die Führungskräfte, die da mitarbeiten, eigentlich mit Hochachtung oder in klaren Bildern reden. Ich glaube, dass es auch hilft, das diffuse Bild der Sozialarbeit zu klären, damit die Vorurteile, die Tanja [Wehsely] zuvor angeschnitten hat und die auf beiden Seiten bestehen – also Klischees, Vorurteile von der Wirtschaft gegenüber der Sozialarbeit und von Sozialarbeitern gegenüber der Wirtschaft, sich auflösen und da sehe ich die Herausforderung und die Chance, in ein offenes respektvolles Gespräch zu gehen, die Wirtschaft als Partner zu sehen und sich vielleicht von der Abhängigkeit oder von der Tradition als Praktiker der Sozialpolitik ein bisschen zu lösen. Also ich denke, da ist die Chance oder die Umorientierung notwendig.

Maria Krieger (P): Ich bin Sozialarbeiterin im Obdachlosenbereich und wissenschaftliche Mitarbeiterin bei den Fallstudien am Kompetenzzentrum und ich möchte etwas zu den Rahmenbedingungen von SozialarbeiterInnen sagen. Bei mir hat Sozialarbeit auch einen großen politischen Auftrag, nur durch die Veränderungen, die zur Zeit und auch schon länger passieren, in dem die Ressourcen verringert werden und die Fallzahlen erhöht werden und man einfach diese Vorgaben erfüllen muss, glaube ich, dass das sehr zu Lasten des politischen Auftrags geht, weil einfach keine Zeit mehr da ist, sich auch noch darum zu kümmern. Man kann das nicht nur in der Freizeit machen. Genauso wie die Beschäftigung mit der Verbesserung der fachlichen Arbeit und der Qualität der eigenen Arbeit, wo ich mir denke, da müsste auch im Rahmen seiner Beschäftigung Zeit sein, sich auch damit auseinander zu setzen.

Thomas Kerschbaum (P): Ich bin im Vorstand der GDG in Wien. Ich will kurz nur erzählen von einem Versuch, vielleicht von der Perspektive her zu sehen, wo wir mit der Politik, zwei Jahre lang zum Fond Soziales Wien politischen Diskurs geführt haben. Der Betriebsratsvorsitzende vom Fond Soziales Wien ist Sozialarbeiter – dort gibt es SozialarbeiterInnen, die sich im Betriebsrat engagieren - und wir haben von BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen eine Plattform gegründet, die Soziales in Wien heißen hat. Wir haben zwei Jahre lang versucht mit der Politik in Wien zu Lösungen zu kommen. Wir hatten sogar Beschlüsse von der Arbeiterkammer in Wien, zum Beispiel zur Einführung eines Fachbeirats im FSW für die Auftragsvergabe. Wir haben jedes Monat mit dem Geschäftsführer des FSW und dann manchmal mit der zuständigen Stadträtin über unsere Forderungen gesprochen, was wir wollten, zum Beispiel Qualitätssicherung, Arbeitsgruppen, Einbeziehung aller AkteurInnen, was auch immer. Da ging es auch um die Bezahlung, um den Kollektivvertrag, usw. Und nach 2 Jahren wurde das dann einfach von der Geschäftsführung des FSW und auch von der Politik abgebrochen. Sie wollten nicht mehr mit uns reden. Alle unsere Forderungen sind nicht erfüllt worden und das Gespräch ist einfach eingestellt worden. Unsere Schlussfolgerung daraus war, eigentlich sollten wir wieder die KollegInnen an der Basis organisieren. Die Geschäftsführung war nicht bereit gemeinsam mit uns gegen den FSW vorzugehen, zum Beispiel in Qualitätsfragen und auch beim Fachbeirat. Leider ist diese Plattform auch zerfallen, weil auch die Gewerkschaften in Konkurrenz stehen und es hat sich nicht viel getan. All die Forderungen liegen in

Beschlüssen bereit, die haben wir alle, wie Fachbeiräte, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, usw. Aber wir müssen in Wien ein negatives Resümee ziehen. Die Politik hat mit uns in Bezug auf den FSW jeden Dialog abgebrochen. Und wir harren selbst noch der Überlegung, was wir eigentlich in Zukunft weiter tun.

Elisabeth Hammer: Danke. Ich möchte noch etwas einbringen: Ich habe am Anfang von historischen Momenten, die ich hier im Zusammenhang mit Wegen zur Zukunft erleben will, gesprochen. Thomas, ich brauche einen Weg zur Zukunft um heute hier froh und munter hinaus zu gehen.

Thomas Kerschbaum (P): Vielleicht bei der Überlegung mit einzubeziehen, dass der Dialog hier nicht funktioniert hat.

Publikum 5: Ich bin am überlegen, ob es sinnvoll und machbar sein könnte, eine Homepage zur Sozialpolitik, wo sich alle Plattforminitiativen, Workshops, Tagungen einbringen können, wo man schnell sehen kann, wo was wann zur Zeit im Gange ist und sich leichter vernetzen kann.

Josef Bakic: Eine gibt es: www.sozialarbeit.at. Eine andere gibt es www.sozialarbeit.at.

Judith Haberhauer-Stidl (P): Ständig nehmt ihr mir die Stichworte weg (lacht). Tanja hat mir einerseits ein Stichwort abgenommen, indem sie auf den Berufsverband als ein mögliches Vernetzungsvehikel verwiesen hat, als ein möglicher Träger von dem, was zwischen dem einzelnen Sozialarbeiter, zwischen Arbeitgeberseite zwischen ArbeitnehmerInnenseite, zwischen sozialpolitischen Forderungen und Einzelfallwurschtelei, sage ich jetzt einmal überzeichnend, genutzt werden kann, genutzt werden muss. Der Berufsverband ist nichts Abgehobenes und ich erlebe das jetzt seit 14 Jahren - seither bin ich in der Position der Geschäftsführung des Berufsverbandes - dass die Fragen heißen: Warum tut der Berufsverband nichts? Ich bin mit 10 Wochenstunden beschäftigt. Ich möchte nicht ins Sudern kommen, aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir als Berufsgruppe eine Berufsvertretung haben, die dafür vor über 50 Jahren initiiert wurde, um diesen Spagat, den wir zu leisten haben, zwischen Individuum und Hilfe in Problemlagen - diesen Feuerwehreaspekt – und Prävention und sozialpolitische Arbeit einen Weg zu finden und das ist noch einmal und sicher nicht das letzte mal eine Einladung, diese Chance zu nutzen. www.sozialarbeit.at.

Elisabeth Hammer: Was ich interessant finde, ist zu überlegen, was ein Berufsverband zur Vernetzung einer Berufsgruppe tun kann und was braucht es teilweise in Organisationen, die multiprofessionell besetzt sind? Wie wir in den Fallstudien erleben, gibt es viele Organisationen, in denen nicht nur SozialarbeiterInnen arbeiten. Ich würde jetzt einmal sagen, es gibt garnicht so viele Organisationen, in denen nur SozialarbeiterInnen arbeiten. Es ist eine Mixtur geworden. Es gibt natürlich Institutionen, wo es noch immer anders ist. Insofern glaube ich, dass es auch Vernetzungen braucht, wo die sozialen ProfessionistInnen gemeinsame Sache machen. Auch hier sind Leute da, die aus ganz unterschiedlichen Ausbildungshintergründen kommen. Ich bin Mitglied im Berufsverband! Um das abzuschließen!

Johannes Kellner (P): Ich bin Student im 8. Semester und auch Mitarbeiter in diesem Projekt hier. Ich wollte noch etwas zum Verhältnis Politik und Sozialarbeit sagen, weil vorher angesprochen wurde, dass es auch zur Ökonomisierung des Politischen kam. Einerseits ist das bestimmt richtig und das sehe ich genauso, andererseits sollte man nicht daraus schließen, dass man die Politik dann aus der Verantwortung lassen soll, wenn man sagt, sie ist ohnehin auch schon ökonomisiert und kein Ansprechpartner mehr für die Sozialarbeit. Dann möchte ich auch auf den Kommentar von dem Kollegen weiter vorne eingehen, der gesagt hat, man sollte sich auch mehr mit der Wirtschaft zusammenschließen und auch da Kooperationsformen suchen. Ich denke mir, das ist einerseits sicher ein neuer, bisher etwas

vernachlässigter Weg, andererseits sehe ich auch die Gefahr darin, dass man damit sozusagen der Ökonomisierung Vorschub leistet, indem man die bisher – wenn auch marginal – rechtlich geschützten Angebote und Beziehungen auch noch dem freien Wettbewerb und der Willkür des Marktes und der Wirtschaft überlässt und drum würde ich gerne ein Plädoyer abgeben, dass man als politisch Engagierter in der Sozialarbeit an der Politik dran bleiben sollte und diese nicht in Resignation in den Wind schmeißt. Und ich denke mir, eine Voraussetzung dafür ist auch sozusagen ein reflexives Professionsverständnis in der Hinsicht, dass man sich bewusst ist, in welchem Kontext man sich bewegt und mit welchen Begrifflichkeiten man arbeitet und was das für Auswirkungen hat und auch was die eigene Position dazu ist.

Viktoria Biegler (P): Ich bin Studentin im 8. Semester und hätte eine kritische Anmerkung in die Richtung des Berufsverbandes. In der Diskussion um die Leistung von Sozialarbeit statt Studiengebühren habe ich als Studentin den Aufschrei des Berufsverbandes sehr stark vermisst. Es kann sein, dass ich das nicht wahrgenommen habe, aber ich habe mich in dieser Hinsicht nicht genug unterstützt gefühlt und wollte das an dieser Stelle mal deponieren.

Publikum 5: Ich hätte eine Bitte an die Frauen und Männer, SozialarbeiterInnen, die Interesse haben an so etwas wie eine Plattform oder wie immer man das bezeichnet, haben, es sich zu überlegen und vielleicht bringen wir bei der nächsten Veranstaltung eine Gründung zusammen. Ich weiß nicht, ob es etwas wird, aber ich würde mir wünschen, dass etwas entsteht. Und die Ressourcen sind bei mir auch sehr begrenzt, wie bei ihnen sicher auch, aber ich denke mir, warum soll nicht irgendetwas entstehen können?

Franz Sedlak (P): Ein kurzes positives Statement noch: Ich denke, dass die Art dieser Veranstaltung, wie sie hier läuft und auch schon seit einiger Zeit, sicher auch eine gute Initiative dafür ist, die Vernetzung zu fördern und ich möchte ein Kompliment an die Veranstalter richten. Es ist sehr gut und es ist auch notwendig, das weiter zu führen und ich denke, dass das auch einer Form der Organisierbarkeit der Sozialarbeit förderlich ist.

Peter Schindler (P): Ich bin Student am FH Campus Wien, in 6. Semester. Was mir gestern aufgefallen ist, war die Meldung von der Karin Heitzmann, die gesagt hat, auf der Klientenebene funktioniert die Zusammenarbeit in den Organisationen ganz gut. Als wir in der Ausbildung das erste Mal über Ökonomisierung gesprochen haben, habe ich mir gedacht: Aha, da muss ich mich auf irgendwelche Fallzahlen konzentrieren und die einhalten können. Das heißt, ich suche mir lieber leichte Klienten aus. Wenn ich mir die leichten Klienten aussuche, wo kommen dann die schwierigen hin? Ah, da gibt es dann eh wieder neue andere Projekte, Innovatives, Effizientes und ich glaube, dass es für die Sozialarbeit in Zukunft wichtig ist, dass man sich schon in der Antragsfrist vernetzt. Wenn man schon mit den gleichen Klienten - und ein Klient hat ja nicht nur ein Problem – die ganzheitliche Sicht - das darf man in der Sozialarbeit, glaube ich, nicht vergessen. Eben gemeinsam etwas einreichen und gemeinsam um Förderungen einreichen, dann gibt es so etwas wie Wettbewerb auch nicht.

Elisabeth Hammer: Wege zur Zukunft – Was sind die nächsten Schritte? Ich bitte euch am Podium: Welchen Schritt setzt ihr, welche Schritte verlangt ihr von uns?

Monika Vyslouzil: Also, was ich mein Leben lang versucht habe und auch weiter tun werde, ist Netzwerken. Ich habe als Sozialarbeiterin in den Siebzigerjahren angefangen, wo alles noch so viel besser war, trotzdem habe ich damals meine politische Arbeit in meiner Freizeit gemacht und ich nehme schon den Rückzug ins Private auch unter SozialarbeiterInnen wahr. Ich arbeite immer noch in meiner Freizeit politisch und wünsche mir das auch von ganz vielen anderen.

Christine Reiterlechner: Das finde ich sehr löblich, in der Freizeit politisch zu arbeiten, aber das würde ich jetzt nicht als Forderung für alle formulieren, sondern ich wünsche mir eher Strukturen, in denen Leute auch in bezahlter Arbeitszeit politisch tätig sein können und diese Vernetzung schaffen. Was ich eigentlich sagen wollte, was mir wünsche, ist, dass es mehr Widerstand gegen diesen – Schlagwort neoliberalen Mainstream gibt, dass es mehr Menschen gibt, die sich wehren, die sich das nicht mehr gefallen lassen, dass man sich vor allem nicht blöd im Kopf machen lässt. Wen auch immer sie erzählen, wir können uns das Sozialsystem nicht leisten in einer Zeit, in der die Gesellschaft wesentlich reicher ist als in einer Zeit, in der wir es uns sehr wohl leisten konnten. Das kann einfach nicht stimmen und dagegen muss man sich wehren. Da würde ich mir wünschen, dass da etwas passiert. Was ich mache, ist alle aufwiegeln dazu.

Ursula Weber-Hejmanek: Da möchte ich ganz an deine Worte anschließen! Ich möchte keine Briefe mehr bekommen, in denen steht: Ich erhielt 2005 nur 173 Briefe von Hilfsorganisationen, 2006 bereits 221 und heuer werde ich 260 bekommen! Das hat mir jemand geschrieben! Das habe ich gestern gelesen. Es steht, das ist absolut unzumutbar, es kann nicht sein, dass die Gesellschaft privat das finanzieren muss, was sozialstaatlich notwendig ist. Diesen Brief habe ich zufälligerweise gestern bekommen und das möchte ich nicht mehr haben und da werde ich alles dazu tun, dass besonders im Bereich der Gemeinwesenarbeit ein Diskurs entsteht, ein wesentlich größerer Druck entsteht, weil aus meiner Sicht das ein Bereich ist, mit dem man viel früher bei Dingen ansetzen muss. Denn wie es so schön heißt: Reparieren ist teurer, als wenn ich schon im Vorfeld vorsorgen kann.

Karl Öllinger: Thomas [Kerschbaum]: Beharrlich sein! Das ist ein ganz wichtiger Punkt! Und genau sein! Du hast jetzt davon gesprochen – ich beziehe mich jetzt mal auf deine Wortmeldung – die Politik hat in Wien nicht reagiert. Entschuldigung, das ist nicht genau. Die Politik ist wer in Wien? Wenn dann ist es eine Mehrheitspartei, möglicherweise waren es mehrere Parteien, die das gesagt haben. Und ich finde auch in diesem Fall, wenn die Sache zwei Jahre dauert, das ist mir völlig unverständlich warum so reagiert wird. Aber ich kann mir in Perspektive nicht vorstellen, dass das so bleibt. Das fällt einem ja selber am Schädel. Ich finde Beharrlichsein, Genausein im Bezug auf die Forderungen, ich finde das irrsinnig verständlich, wenn man sagt Plattform, irgendeine Plattform. Der Punkt ist, wofür? Was wird es sein? Ob die Plattform vom Leben getragen wird, ob sich dort etwas abspielt, ob sie eine konkrete Perspektive hat oder ob sie so wie eine Website zum Thema Soziales ist, von denen es schon sehr viele gibt. Beharrlichsein sage ich deshalb auch, weil ich aus meiner eigenen Arbeit schon auch merke, wenn sich jemand natürlich nur einmal meldet und dann verliert er oder sie auch wieder die Geduld oder das Interesse, da ist man selbst auch manchmal froh, dass der Kelch wieder an einem vorbei geht. Es gibt dutzende Anliegen, die ich zunächst einmal sehr schwer nach ihrer tatsächlichen Dringlichkeit werten kann. Ich bin nicht irgendein Herrgott, der sagt, ich glaube, das ist jetzt das Allerwichtigste. Für mich ist ein Einzelfall auch manchmal sehr wichtig und solche bekomme ich auch und es gibt auch oft sehr viele, die sich wichtig machen, wo sich dann herausstellt, der oder die war einfach nur froh um einen Gesprächskontakt. Warum auch nicht, aber ich habe sehr viele Termine und da kommt es manchmal auf Beharrlichkeit auch an. Das ist noch keine Erklärung für das, was in Wien passiert ist! Das sind andere Gründe, das ist mir schon klar und damit wollte ich das auch garnicht beschreiben, aber ich glaube, man muss Druck aufbauen. Dieser Druck ist ein persönlicher und er ist – da seid ihr irgendwo wieder abgebogen - auch ein öffentlicher. Er muss auch öffentlich hergestellt werden. Solange sich die Sozialarbeit auch domestizieren lässt und sich sozusagen auf ihren zugewiesenen Platz einschränken lässt, wird es schwierig.

Hans Steiner: Ich sage drei Wünsche. Das erste ist, dass sich die Sozialarbeit stärker im präventiven Bereich positioniert. Der zweite Wunsch ist, dass es Mindeststandards bei der Anstellung von Sozialarbeitern gibt. Es soll wirklich eine Selbstverständlichkeit von Auftraggebern sein, dass man nicht in Form von Werkverträgen oder in anderen Form nur die Leistung erbringen kann. Sie haben ja auch gesagt, man soll den Adressaten der

Wünsche dazusagen: Der Adressat sind dann alle. Das geht nur, wenn wir da einen sehr großen Druck ausüben. Den dritten Wunsch habe ich vergessen.

Elisabeth Hammer: Darf ich da rückfragen? Diese Anstellungsbedingungen, könnten da nicht die ausschreibenden Organe mehr Wert drauf legen, wenn es öffentlichen Druck gibt, etc, dass gewisse Anstellungsbedingungen gewährt sind? So rein logisch

Hans Steiner: Rein logisch ist das ganz richtig. Nur geschieht das nur dann, wenn der entsprechende öffentliche Druck da ist. Ich glaube nicht, dass die öffentliche Hand so großzügig ist, das ohne öffentlichen Druck zu machen.

Josef Bakic: Vielleicht war der dritte Wunsch ja der, dass sie sich auch wünschen, in Zukunft eine SozialarbeiterIn im Sozialministerium zu beschäftigen?!

Hans Steiner: Naja, ich weiß nicht. (lacht) Ich weiß nicht, ob ein Historiker oder ein Sozialarbeiter im Ministerium mehr bringt. In der Hinsicht bin ich eher skeptisch, dass die Ausbildung unbedingt dann für die berufliche Tätigkeit in der Verwaltung so einen großen Einfluss hat.

Elisabeth Hammer: Gut abgebogen! Spricht noch nicht gegen eine Fachbeirats- ect.-Stärkungs-Idee!

Tanja Wehsely: Ich finde, wir sollen probieren, gemeinsam etwas zu tun. Ich setze mich als Sozialarbeiterin jetzt in der Politik auch für die Sozialarbeit ein - als Politikerin. Da schließe ich mich ein bisschen der Monika [Vyslouzil] an – ich glaube auch, dass in den Siebzigern und Achzigern, als ich studiert habe und Öffentlichkeitsarbeit und Politik in der Sozialarbeit wichtig fand, habe ich auch nicht die große Mehrheit gehabt, muss ich ganz ehrlich gestehen. Da waren nicht alle meiner Meinung oder haben alle gesagt: Ja, das machen wir! Politik und Öffentlichkeitsarbeit und wir gehen in die Medien und wir stellen uns nach vor, weil es eben auch in der Sozialarbeit die Arbeit am Klienten gibt – das ist das einzig Wahre und da sind wir zu Hause und das ist unsere Arbeit, das andere soll irgendwer anderer für uns erledigen. Ich kenne diese Einstellung auch noch von der Arbeit und habe immer für Öffentlichkeitsarbeit und politische Arbeit der Sozialarbeit im Feld gekämpft und bin nur teilweise auf offene Ohren gestoßen. Ich denke mir, man muss hartnäckig bleiben und man muss dran bleiben. Thomas [Kerschbaum], ich finde auch, du solltest dran bleiben. Es ist ein mühsamer Weg, es ist Schritt um Schritt, man darf keinen Bereich auslassen. Ich glaube, es ist zu leisten: die Arbeit am Fall, im Feld und auch unspezifisch und auch so voran zu kommen. Soziale Arbeit ist politische Arbeit.

Christina Schilling: Es haben sich heute sehr viele Studierende gemeldet, was mich sehr freut und deswegen möchte ich nur sagen: Wir Studenten wollen keine Querulanten sein. Wir wollen auch politisch sein und es gibt auch Studierende, die sich beim OBDS aktiviert haben, die am 27. März, um nochmal Werbung zu machen, einen Beitrag leisten. Es gibt auch ganz viele Studenten, die am Kompetenzzentrum an Fallstudien mitarbeiten. Es gibt ganz viele Studenten, die in den diversesten NGOs arbeiten und ich finde, wir Studenten sollten ernst genommen werden. Auch wenn wir nicht so groß wie die ÖH sind, wir sind auch wichtig und wir sind auch wichtig für die Sozialarbeit, weil wir auch Politik machen wollen und werden.

Roland Fürst: Ich werde mich auch ganz kurz halten. Ökonomie und fachliche Qualität schließt sich, glaub ich auch nicht aus. Dort wo es nicht mehr zusammengeht, Stichwort Sollbruchstelle, dort, würde ich glauben - das ist natürlich ein hoher Anspruch, den ich da stelle - zu sagen: Wisst ihr was, macht ihr euch den Blödsinn selber. Das Zurückspielen ist ganz wichtig, weil das System sonst prolongiert wird, obwohl es einfach nicht mehr funktioniert. Der zweite Punkt: Ich bin ein großer Freund der Differenzierung. Nicht alle PolitikerInnen sind ökonomiegeil und wollen nur - dazu habe ich einfach viel zu viele

Budgetverhandlungen von sozial sehr engagierten PolitikerInnen erlebt, die sich wirklich ins Zeug gelegt haben und dann auch vorne gerade stehen mussten. Das ist ein Punkt. Was ich selber mache, ich versuche in der Lehre die StudentInnen zu sensibilisieren und das Selbstbewusstsein mitzugeben, sich auch melden zu können - und das Zeug bekommen sie in der Ausbildung mit - und sich auch verstärkt auf der Meso- und Makroebene, öffentlichkeitsarbeitsmäßig einzubringen. Mich freut das auch total, dass so viele StudentInnen hier sind und da liegt auch ein bisschen die Zukunft - hoffentlich nicht begraben.

Marc Diebäcker: Ich möchte, dass die Individualförderung in der Sozialarbeit wieder abgeschafft wird – Tagsatzgeschichten – Die sozialen Organisationen hat das total geschwächt. Es ist keine Planbarkeit mehr da. Das hätte ich gerne anders. Ich will auch nicht, dass die Profession unter diesem Druck, unter dem sie steht – dass die Sozialtechnik stimmt, dass man glaubt, alle möglichen Verfahren, die man an Sicherheit in dieser Drucksituation und man kann alles herstellen – die Menschen herstellen. Das ist Effizienzlogik, die hat mit Sozialwissenschaften, Humanwissenschaften, Interaktion nichts mehr zu tun. Da muss man ein bisschen vorsichtiger sein. Ich glaube, dass man sich auch innerhalb der Organisation politisch betätigen muss und das heißt, dass man sich keine Hierarchisierung reindrücken lassen muss, sondern man muss auch dafür kämpfen, dass man auch Zeit und Ressourcen findet und sich nicht von oben bestimmen lässt. Ich finde, es braucht eine Sozialenquete und zwar keine grundsätzliche Sozialstaatenenquete, sondern eine für soziale Dienste, für personenbezogene Dienstleistungen. Das ist ein sozialpolitischer Bereich, der völlig unterbeleuchtet ist. Es wird immer nur über den Versicherungstaat diskutiert, da sind Rechtsansprüche drauf, da gibt es materielle Versorgung – immerhin – und wie die steigt und sinkt, aber über die Personalkosten, und die stehen in der Beratungsleistung besonders unter Druck, spricht keiner. Ich weiß nicht, ob wir die politische Akademie, die GrüWi oder das Renner- Institut zusammen bekommen, da muss mehr passieren. Und abgesehen davon, bin ich für Fachbeiräte in sämtlichen Ausschreibungsgeschichten, die dieses Abhängigkeitsverhältnis zwischen sozialen Organisationen, Verwaltung und Staat im Bezug auf fachliche Fragen etwas auflockert.

Elisabeth Hammer: Josef, was hältst du von einer Enquete?

Josef Bakic: Bei einer Enquete bin ich prinzipiell dabei. Wenn der Marc das vorschlägt, bin ich sowieso dabei!

Mein Problem ist, ich bin momentan etwas zwiegespalten. Wenn ich mir das so anhöre, liegt mir diese Richtung sauer im Magen, wie weit kann Sozialarbeit bei diesen Gefügen noch mittun, bis sie nur mehr über den Tisch kotzen kann? Wie sollen die Bedingungen sein - im Sinne von Zeitvorgaben, im Sinne von KlientInnenzahlen, im Sinne von Finanzierungsvorgängen, dass man es überhaupt noch als Sozialarbeit bezeichnen darf und kann? - Eine, der zentralen Sachen hier bei uns in der Fachlichkeitsdiskussion. Wenn ich mir anschau, die SÖB-Geschichte ist einfach ein Wahnsinn – ich kann diese Laufzeit nicht dermaßen verkürzen! Es gibt ganz viele Bereiche, in denen nicht nur Enqueten gefordert sind, sondern ganz konkrete Reaktionen, auch ganz konkrete fachliche Reaktionen, wo man sagen muss, zu allen Bedingungen ist fachliche Soziale Arbeit nicht zu haben und auch nicht möglich. Und da bin ich sehr gespannt, wie sich das in der Praxis zeigen wird, ob das aufgeht, weil ja jeder existenziell drinnen hängt. Auch die Frage, von wegen ehrenamtlicher politischer Betätigung oder im Beruf politisch tätig sein - ich glaube, wir stehen vor noch einigen ungelösten Problemen.

Ein bisschen Bauchweh habe ich, denn wir sind jetzt mit unserem Projekt schön langsam in Fahrt gekommen, es hat einiges aufgeworfen, auch an Möglichkeiten, wie man Öffentlichkeit erreichen kann. Unser Projekt ist ein Equal-Projekt – es rennt aus. Das heißt, unsere Finanzierung für dieses Projekt ist mit Ende Juni fertig. Das war die letzte größere Veranstaltung in dem Bereich. Wir werden uns jetzt womöglich auch wieder auf das ehrenamtliche politische Engagement zurückwerfen. Ich bin gespannt, wie wir da andocken

können, die Idee weiterführen können, nehme aber einiges mit, was ich mir noch ordnen muss.

Publikum: Vielleicht über den Berufsverband?!

Elisabeth Hammer: Ja! who knows?! Wir sind am Denken - in alle unterschiedlichen Richtungen. Ich kann nur sagen, ihr werdet davon hören. Wir haben uns gefreut, dass so viele da waren – gestern und heute. Wir sind sicher, dass wir – zumindest als Personen - das nicht einschlafen lassen und es wird sicher auch über unsere Listen die eine oder andere neue Veranstaltung, Aktion, Enquete, Hinweis auf anderes geben. Herzlichen Dank für ihr Dasein, herzlichen Dank für ihre vielfältigen Statements. Ein bisschen etwas haben wir weitergebracht, das ist gut so. Danke.